

Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Publications-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Bezugspreis 80 Pf. pro Quartaljahr.
Einzelnummer 15 Pf.

Berantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Poersch,
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Insetrate, die 3 gesetzte Werte
Zeile 30 Pf.
Versammlungs- u. Vereinssanzeigen 15 Pf.
Bei Wiederholung Entmündigung.

Jg. 27.

Berlin, den 30. Dezember 1900.

4. Jahrg.

Liberale Sozialpolitik?

Bekanntlich dominiert in den Stadtoberverwaltungen einer Anzahl größerer Teile Deutschlands eine Art des Liberalismus, die sich durch eine fast unbeschreibliche Ignoranz auf sozialpolitischen Gebieten auszeichnet. — Unfähig den Geist zu verstehen, in dieser Liberalismus denn auch schon aus dem Reichstage u. s. w. fast gänzlich vertrieben worden. Dagegen ist er in einigen Stadtoberverwaltungen auf Grund der dort vorhandenen Wahlkästen noch die Herrschaft zum Schaden des Kulturkörpers aus. Auch in Bremen hat dieser Liberalismus noch die Macht in Händen. Hier ließt er sich fürztig wieder einmal den Beweis seiner gänzlichen Unfähigkeit. — Bremen, wie auch Hamburg und Lübeck hat eine eigentliche Gemeinde-Bewaltung nicht aufzuweisen; der Staat ist aber hier die Funktionen der Gemeinde aus. Daher find auch in diesen Städten die Gas-, Wasserwerke u. Eigentum es Staates.

Außerlich hatte sich nun die Bremer Bürgerschaft, das dorfte Städt. und Gemeindeparlament, our Antrag er sozialstaatlichen Vertritt mit den Wohn- und Arbeitsverhältnissen der Bremer Staatsarbeiter zu beschäftigen. Vegen die Befragung, welche sich dabei abspielten, aus schon einige Wochen zurück, so ist es wohl schon aus dienstlichen Interessen angebracht, wenn wir auf dieselben noch eingehen, welches in Folgendem geschieht.

In der Sitzung der Bremerischen Bürgerschaft vom 14. November stand als letzter Beratungspunkt der die in Stadtbetrieben beschäftigten Arbeiter betreffende sozialdemokratische Antrag zur Debatte. Der von dem sozialdemokratischen Vertreter Ebert eingebrachte Antrag lautet:

Die Bürgerschaft erachtet für alle in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter die Festsetzung eines Mindestlohns von 4 M. pro Tag und eine vorsichtig neunstündige Arbeitszeit täglich für notwendig.

Bei Vergebung von staatlichen Arbeiten und Dienstungen wird den Unternehmern die Aufrechterhaltung genauer Arbeitsbestimmungen zur Bedingung gemacht.

Für ständige nicht übergehaltsberechtigte Angestellte ist eine angemessene Güterüberlebenen-Berufung einzurichten.

Der Antrag veranlaßte eine anderthalbstündige lebhafte Diskussion, in welcher die Abweitung des Liberalismus gegen alle sozialstaatlichen Verfehlungen so recht offen in Erinnerung trat. Die Furcht vor dem Sozialismus und vornehmlich sozialdemokratischen Einflüssen hält die Massen der obigenischen Bevölkerer, insbesondere der dritten und vierten Klasse, derart gefangen, daß sie, wie von Blindheit geschlagen, selbst jede prinzipsielle Festlegung, die eine noch so geringfügige Verfehlung der Arbeitsverhältnisse der in den Betrieben des Staats beschäftigten Arbeiter involviert, weit von sich halten. Die Arbeiterschaft und viele Kreise der sonstigen dreimillionigen Bevölkerung werden über diese Unfähigkeit des Liberalismus, dem sozialpolitischen Zeitalter zu folgen, allgemein ein verdienstliches Urteil fällen.

Wir lassen an dieser Stelle nunmehr die überaus wichtige Debatte selbst folgen:

Herr Ebert (Soz.): Der vorliegende Antrag beweigt sich in bescheidenen Grenzen. Er fordert nichts Unerhebliches und bezweckt auch nichts Unbedeutendes; er verfügt lediglich, was anderthalb brems bestellt, auch auf die bloße Verfehlung zu übertragen. Wenn man stattdessen die legale Sitzung erinnert, so steht allerdings auch gegen diesen Antrag der prinzipielle Grunderhalt, der gegen den Abstimmungsantrag erhoben wurde, zu erwarten. Jedoch sollte mit Utrecht. Wer im öffentlichen Leben steht und sein Augenmerk auf die Entwicklung richtet, der wird überzeugt sein, daß die Verfehlungen der großen Masse des Volkes in wirtschaftlicher wie kultureller Beziehung geboden werden müssen. Unser Antrag kann daher eine gewisse sozialpolitische Bedeutung in Anspruch nehmen.

Der Staat verfügt neben einer großen Zahl von Beamten auch zahlreiche Arbeiter; er erscheint als Arbeitgeber, als Großindustrie. Bekanntlich sind die Verwaltungsbürokratien der einzelnen Bundesstaaten aber auch eingebettet zur Ausführung der reichsrechtlich beschlossenen Sozialpolitik und zur Durchsetzung der ordnungsgemäßen und zweckentsprechenden Ausarbeitung der arbeitssoziologischen Bestimmungen seitens d. Unternehmer. Wenn nun der Staat eine solche Kontrolle zu übernehmen beginnt, so sollte man meinen, er darf auch die bringende Pflicht, Sorge zu tragen, daß in seinem eigenen

heim, für die in Stadtbetrieben beschäftigten Arbeiter geradezu mustergültige Verhältnisse vorherrschen.

Dazu will auch unser Antrag Gelegenheit bieten, die staatlichen Arbeiter möglichst gut zu stellen. Die erforderlichen Ausgaben für die Lebenshaltung sind in den letzten Jahren bekanntlich gewaltig gestiegen. Es haben sich Gehaltsverbesserungen für die Beamten bis zu den höchsten Gehaltsstufen hinzu erfordert gemacht. Die Löhne der Arbeiter sind nur minimal gestiegen. Viele geduldete Wünsche haben nur ein geringes Entgegenkommen gefunden. Es sind Lohnabnahmen von 10 und 15 pf. bewilligt worden, die aber durch die Steigerung der Lebensmittelpreise längst wieder weitgemacht worden sind. In den staatlichen Betrieben verdienen viele Arbeiter 8 M., 350 Pf. und auch etwas darüber pro Tag, kaum aber 4 M. Es entsteht nun die Frage, ob überhaupt ein Mindestlohn festzulegen sei. Für alle Beamten finden wir die Festsetzung einer Minimalgrenze des Gehalts. Was aber den Beamten lieb und recht ist, sollte auch den Arbeitern billig sein. Auch die Höhe des geforderten Mindestlohnes von 4 M. erscheint durchaus berechtigt. Es ist gelegentlich der Beamtengehaltserhöhung hervorgegangen und trifft auch zu, daß die Lebenshaltung in Bremen eine der teuersten und derjenigen in Hamburg und ähnlichen Großstädten gleichgestellt ist. Ich darf mich hierbei auf einen ganz unverdächtigen Zeugen beziehen. In dem von Herrn Dr. Jastrow herausgegebenen Arbeitsmarkt erscheinen regelmäßige Aufstellungen über die Preise der Lebensmittel und deren Schwankungen in einer ganzen Anzahl von Städten. Dr. Jastrow stellt fest, daß eine Arbeiterfamilie zu fünf Personen in Berlin im Oktober d. J. einen Lebensmittelabstand von 19,68 M. pro Woche hatte; für Chemnitz bestand der höchste Tag mit 22,09 M., für Danzig der niedrigste mit 19,68 M. Zumindest ist ein Einkommen von 4 M. zu Grunde, so steht fest, daß d. Arbeiter von den 24 M. pro Woche kaum das nötige Geld übrig behält zur Deckung von Wohnungseigenschaft, für Kleidung, Schuhwerk, für die eigene Weiterbildung u. s. w. Ein Verdienst von 4 M. ist also das Allernotwendigste, was der Arbeiter braucht. In einer geringen Anzahl von Städten ist die Festsetzung eines Mindestlohnes bereits erfolgt, so in Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe u. i. w. und in letzter Zeit hat sich auch München diesen Vorzeichen angelöst.

Weiter verlangt unser Antrag die Festsetzung einer vollauf neunstündigen Arbeitszeit. Wir halten den aktinidischen Arbeitstag heute schon für den staatlichen Arbeitstag gerechtfertigt. Um jedoch zunächst wenigstens erst einmal eine Verbesserung herbeizuführen, haben wir uns darin verständigt, zunächst die neunstündige Arbeitszeit zu fordern. Über die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit sollte man eigentlich nur Fachleute reden lassen, Leute, die in der Praxis zu Hause sind. Sie befinden alle die überaus günstige Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung an den Nöten des Arbeiters. Auf dem Überholstreifen haben die bervorragenden Wissenschaftler die Verkürzung der Arbeitszeit als das einzige wirkliche Mittel gegen die gravierende Krankheitsepidemie. Der Arbeiter verträgt bei langer Arbeitszeit seine Kräfte bei weitem zu früh; er fühlt sichzeitig, wo möglich in besten Mannesalter und Witte und Kinder verlassen und in Not am Sarge. Es ist nichts Ungewöhnliches, was gefordert wird! Die Privatindustrie hat in dieser Richtung die staatlichen Betriebe bereits überholgt. In einer Anzahl von Branchen besteht die 9 resp. 9½ stündige Arbeitszeit, die erste u. A. bei den Holzarbeitern. (Herr Lind: Leider!) Einer der Herren unterstellt nun "Leider!" Einer der Herren unterstellt nun "Leider!" Blätterhersteller liegen in der Privatindustrie die Verhältnisse deutlich so, daß nicht nur die Unternehmer, sondern auch die große Masse der Arbeiter, die unter der langen Arbeitszeit leiden muss, ein Wort mitzusprechen hat. Bürgerliche Sozialpolitiker sprechen sich für die Arbeitszeitverkürzung aus. So schreibt ein solcher in der "Sozialen Praxis":

Die Einführung der Arbeitszeit auf eine Maximaldauer von acht Stunden an allen Gebieten menschlicher Tätigkeit und besonders in allen Industriezweigen, bei denen zu den gewöhnlichen Arbeitsbedingungen erschwerende Umstände, wie jugendliches Alter, weibliche Geschlecht, besondere Berufsgeschäfte, schädlicher Staub u. s. w. hinzukommen, wird die besten Witungen haben auf die allgemeine Gesundheit und die geistige Regsamkeit der arbeitenden Klasse und wird ihren Krankheitszustand und ihre Sterblichkeit verringern."

Der Arbeiterschlaf steht nicht nur Bro, es ist auch notwendig, sie in geistiger Beziehung zu haben. Was nützen alle Kulturerziehungskräfte auf dem Gebiete der

Kunst und Wissenschaft, wenn sie das Monopol einzelner Schichten oder des Volkes stehlen, nicht geweckt werden. Die geistige Bildung der Arbeiter kann aber nur geschehen, wenn ihnen durch Einschränkung der Arbeitszeit Gelegenheit zur Weiterbildung gegeben ist. Das ist jedenfalls ein Punkt, der überaus lebhaft für die Arbeiterselbstverfürzung spricht.

Ich komme nun zum Schlus, zu dem Theil unseres Antrages, der eine Güterüberlebenenversorgung für die Arbeiter wünscht. Es gibt keine Gründe, die daran hindern, daß für die Arbeiter die Ruhgehaltsregelung nicht ebenso berechtigt ist wie für die Beamten. Bislang ist in dieser Richtung nichts gethan worden. Bei Schaffung des Krankenfondsgesetzes bestanden hier in Bremen für Staatsbetriebe noch Rätsen, deren Vermögen man dann umgewandelt hat in Unterstützungslosen, aus denen dann nach Wohlfahrt und Gemeinschaft der Bedürftigen eine Unterstützung gewährt wird. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wie der Beamte, der sich im Dienste des Staates aufgezeigt, die Versorgung für seinen Lebensabend erhält, so sollte auch dem Arbeiter, der zehn Jahre und länger in Stadtbetrieben tätig gewesen, bei Verjährung der Rechte ein Arbeitnehmungsvermögen erhalten. Ich will nicht allzuviel geben, aber einen Fall muß ich doch erwähnen, in welchem ein Arbeiter, der über 20 Jahre in Stadtbetrieben tätig war, und aus der erwähnten Unterstützungslosen eine Unterstützung erhielt, dreimal von Jahr zu Jahr verrostet wurde, da die Mittel für diese Unterstützungen gegenüber den Anforderungen nicht ausreichen und nur die in allerdringendster Noth befindliche Verstärkung finden können. Wir sind, wenn wir eine Güterüberlebenenversorgung schaffen, auch in dieser Beziehung mit die ersten. In über 20 Jahren befinden die vorliegenden Errichtungen. In Berlin habe es sich für die Magistrat den Stadtverordneten eine solche Vorlage unterbreitet.

Es werde nun nicht wohl möglich sein, heute Abend im Plenum eine Abstimmung über das gesetzte Anträge vorzunehmen. Redner empfiehlt daher den Antrag zur weiteren Prüfung und Beschränkung einer Kommission zu übergeben. Er wolle jedoch die Gelegenheit nicht ungenutzt lassen, der Kommission noch einige Vorrichtungen zur Prüfung mit auf den Weg zu geben. Es sei notwendig, daß die Kommission Sorge trage, daß ordnungsgemäß Arbeitsordnungen für alle Stadtbetriebe geschaffen werden, Arbeitsordnungen, in denen namentlich auch die Bestimmungen des neuen Rechts, das dem Arbeiter einige Vorrechte schreibt, um die sich die privaten Unternehmungen durch besondere Verträge zu drücken suchen, eine maßgebliche Auslegung finden.erner sei notwendig, daß überall Arbeiterschäfte eingesetzt werden, die von den Betriebsräten der betreffenden Arbeiter getragen sind. Ebenso sollte es als außerordentlich erachtet werden, die Leistungen der Krankenversicherung für die staatlichen Arbeiter auf das möglichste Maximum auszudehnen. Zu prüfen wäre, ob nicht für diejenigen Arbeitskategorien, die der reichsgelehrten Klassentrennung nicht unterstehen, eine besondere Unfallversicherung einzurichten wäre. Dabei würde sich der Staat sehr gut stehen; die Stadtbewohner würden diesbezüglich sehr auf diesem Wege bedient werden. Endlich möchte er zur Erwähnung geben, ob es nicht notwendig ist, dem Arbeiter in den Sommermonaten einige Wochen oder doch einige Tage Ferien zu gewähren. (Lärm.) Das scheint nun den Widerstand der Herren hervorzuheben und doch sei es durchaus billiges Verlangen. Jeder Beamte habe seine Freizeit; die Unternehmer werden in ihren privaten Verdienststunden sich in der Wirkung ihrer Ferien auch getrennen. Bei seiner langen Arbeitszeit sei der Arbeiter aber gar nicht in der Lage, einmal Naturarbeitsstunden zu genießen. Eine kurze Ferienzeit würde einmal erst eine rechte Erholung für ihn bedeuten, eine Zeit, in der er seine Kräfte zu sammeln in die Vase kommt. Leider ist derartiges doch in der Privatindustrie längst eingeführt.

Es ist schließlich die Frage noch zu erwägen, ob nicht die zu wählende Kommission dauernd als sozialpolitische Ausübung bestehen bleiben sollte. Wir haben eine Baukommission, eine juristische Kommission und ähnliche; es besteht aber keine Vorverhältnis, welche die Aufgabe habe, die eingebundenen Vorlagen, die Verträge etc. einmal daraufhin zu prüfen, ob sie auch den in sozial-

politischer Hinblick billigerweise zu stellenden Anforderungen aufzuweisen. Redner beantragt also, zunächst den Antrag an eine Kommission von 3 Mitgliedern zu verweisen. Man mache uns auf unbedeutenderweise den Vorwurf, daß wir zu praktischer Mitarbeit nicht zu haben seien. Hier nebenan wir Gelegenheit zu bemerken, daß das doch der Fall. Lohne man diesen Antrag ab, so werde die Bevölkerung annehmen müssen, daß für die Behandlung sozialpolitischer Fragen in der Bürgerschaft jedes Verständnis fehlt. (Bravo!)

Herr Hormann: Es handelt sich nicht allein um die Höhe des lebenswichtigen Lohnes, sondern darum, ob die Bürgerschaft auf einen Minimallohn überhaupt eingehen will. Der Staat soll nicht aktiv in die Lohnbewegung eingreifen. Minimallohn ist auch für die Arbeiterorganisationen nur ein Nothbehelf. Sie sind für die wirtschaftlichen Schwächen vom Leben. Die jüngeren Arbeiter und die älteren, die nicht mehr im Volleinsatz ihrer Kräfte sind, werden bei Minimallohn leicht bestiegen geführt. Außerdem wird der Minimallohn leicht zu einem Normallohn werden, da viele Arbeiter gar nicht einkommen wollen, daß sie weniger leisten, als andere. Erhalten die besseren Arbeiter einen höheren Lohn, so verlangen sie einen gleichen. Der Staat geht nicht gern von dem Lohnnag, den er festgesetzt hat, ab, er schreitet darum in der Höhe des Lohnes auch nicht den Privatbetrieben voran, er zieht in Abstimmung den Durchschnitt. Wollte der Staat in jüngsten Zeiten mit den Löhnen voranziehen, so würde er auch in ungünstigen Zeiten die Löhne zu reduzieren nicht unberechtigt sein. Berechtigten Wünschen der Arbeiter ist der Staat aber auch nicht entgegenkommen. Gegen Minimallohn haben sich auch die Arbeiter bei einer Volksabstimmung in Wien erhoben. Auch mit dem Neunundsechzig kam der Staat nicht voran. 1896 wurde der Zehnundachtzig verlangt. Dieser ist ganz von selbst gekommen, und der Staat hat mit der Zeit auch eingestimmt. Dasselbe wird mit dem Neunundsechzig sein, wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung behalten. Da die wirtschaftliche Entwicklung sollte der Staat nur eingreifen, wenn einbare Notstände vorliegen. Das sollte hier vorliegen, sonst ist nicht zugeben. Gegen die Aufnahme der genannten Bedingungen in Verträge muß ich mich erklären, ebenso wie ich gegen die beschworene Streiklaufturbinen. Sie führen kaum; man führt in diesen Säcken nur durch obligatorische Führung von Einigungsdämmen. Auch in der Arbeitsschutz- und Unterstützung der Unterbliebenen kann unser Staat nicht voranziehen. Redner beantragt Verweisung der Angelegenheit an eine Deputation.

Herr Holziger: Was Herr Ebert sagt, ist theoretisch schön, in der Praxis würde er aber Prolos machen, weil er glaubt, daß die Menschen alle Energie sind, die besteht sind, wenn sie weniger Stunden arbeiten und mehr Geld verdienen, da sie dasselbe wie früher zu leisten. Auch das die Arbeiter ihre freie Zeit zu ihrer Ausbildung benutzen, glaube ich nicht, da viele bewußte Arbeiter, die ich sehe, beweisen, daß andere, wenn sie in Volksvereinigung ein einstimmiger Arbeitnehmer sind, so tun es nicht. Ich bin 55 Jahre alt geworden und habe noch nie Freizeit gehabt; jetzt im Freizeit, braucht keine solche Erholung. Daß die Arbeiter am schlechtesten bezahlt würden, ist mir richtig; die Leute, die am schlechtesten bezahlt werden, sind wir in Körtern. Sind die konkurrieren gut, so verlieren die Arbeiter mehr Lohn; und sie schreiten, kommen sie dann auch und sagen: Unser Bruder hat Geld verloren, wir müssen bessere arbeiten!

Herr Lautau: Die Antragsteller haben wohl gewußt, daß der Antrag nicht zum Ziel führen kann, er sollte nur im theoretischen Wahlkampf verwendet werden. Ein Minimallohn ist höchstens für die Arbeiter, bei denen es auf Rückstande ankommt. Eine längere Arbeitszeit kann die Bürgerschaft nicht ausführen; in der Gewerbevolksbewegung ist schon manches in der Diskussion geordnet. Daß der Staat bei Vergabe von staatlichen Arbeiten die Bedingungen nicht fullen kann, ist klar; wie sollte er seinen Einfluß, z. B. auf auswärtige Maschinenfabriken geltend machen? Auch die Sorge für die Unterbliebenen kann die Bürgerschaft nicht dulden.

Herr Ebert (Soz.) Herr Lautau habe den Antrag befürwortet, wie Redner erwartet habe; er habe kein Spruchlein hergeholt, wie man das von ihm bei allen Fragen, die ihm nicht genehm sind, gehört hat. Ganz erstaunt muß Redner es aber zurückweisen, wenn Herr Lautau besagt, wir haben den Antrag nur der Wahlkampfhalber gestellt, nicht um wirkliche Verbesserungen zu schaffen. Das sei geradezu eine unendbare Unterschuldung. Unsere Sache sei so wohl begründet, daß wir die Antwortung derartiger Mittel nicht brauchen.

Um Übrigens handelt es sich durchaus nicht um sozialdemokratische Anträge, sondern lediglich um eine sozialpolitische Reform. Alle Sozialpolitiker aller Parteien treten dafür ein, was dieser Antrag fordert. Nehme man den unterschiedlichen Anhänger des Liberalismus, den bekannten Abgeordneten Trimborn in Köln, mit aller Wärme trete er für diesen Antrag ein. Nehme man einen bürgerlichen Sozialpolitiker wie Herder-Ackrue, mit einer Schärfe, die uns geradezu überzeugt, fordere er von den uns geäußerten Verbesserungen für den Arbeiter. Nehme man Sombart oder Raumann von den Nationalsozialen, sogar konservative Sozialpolitiker, die vor uns aufgestellten Forderungen. Es handelt sich, wie gesagt, um eine sozialpolitische Reform, die jeder vertreten können, der Sozialpolitik versteht. Aber Sozialpolitik sei ja leider gerade die schwache Seite des Liberalismus.

Gegen den Antrag sind stichhaltige Gründe nicht vorgetragen worden, auch die Ausführungen des Herrn Hormann über den Minimallohn seien nicht stichhaltig. Warum sollte nicht dem Arbeiter geholfen werden, was jedem Beamten zusteht? Man sage dann, die Knipper und Stümper würden schlecht dabei wegkommen. Es sei

wunderbar, mit welcher Wärme man sich bei solchen Gelegenheiten dieser Leute erinnerte. Wie sieht es denn aber heute mit diesen invalide gewordenen Arbeitern? Werden sie nicht heute von den Unternehmern hinausgeschafft. Redner weiß, daß selbst der Staat sich alt und gebrechlich gewordener Arbeiter zu entledigen wünscht. Herr Hormann befürchtet, daß der Minimallohn zum Normallohn werde. Das sei ja schlimm genug, wenn das der Fall sehr wäre. Aber warum sollte es nicht möglich sein, auch für die Arbeiter wie bei den Beamten Staaten für die Lohnaufsetzung zu schaffen? Derartiges habe man in Mainzheim und in einer Reihe anderer Städte. Man sollte also nicht mit langatmigen Reden über den Minimallohn, um die Sache herumgehen. Von Herrn Hormann möchte Redner aber einmal hören, welchen Grund er dafür anführen könnte, daß das, was für den Beamten gelte, für den Arbeiter nicht gut sein sollte.

Nun habe Herr Holziger zwei betroffene Arbeiter

geschenkt und folgte daraus, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen die verkürzte Arbeitszeit nicht zu benötigen wisse. Wer wolle es der deutschen Arbeiterschaft, noch dazu in einer militärischen Corp. vorwerfen, daß sie nicht das Streben nach geistiger Verdolmung habe.

Weder kommen die großen industriellen Erfolge Deutschlands? Der Intelligenz der deutschen Arbeiter ist es im wesentlichen zu danken, daß die deutsche Industrie der englischen und französischen die Spur zu bieten vermochte.

Ein heiliges Drängen nach Bildung gibt durch die Arbeiterschaft und wenn das bestreitet, begeht damit nur, daß er sich im Volle nicht umschaut. Wir bestreiten

sicherlich nicht, daß es auch Kinder unter den Arbeitern giebt, aber das sind doch nur Ausnahmen. Oder will Herr Holziger etwa bestreiten, daß es in allen Alters der Bevölkerung keine gibt, die trüten? Der Unterschied ist nur, daß sich die Leute elegant in der Trotsche nach Hause fahren lassen, während sich der traurige Arbeiter von seinem Arbeitskollegen binden lassen müsse.

Gerade aber wir seien trotzdem jetzt bestreitet, den Arbeitern Charakterstärke und Selbstbewußtsein einzutragen, um ihnen die Lohnansprüche zu geben, was vorhergegangen ist.

Der Arbeiterschaft möge gleich die höchste Autorität auferlegt werden, um die Arbeiterschaft eine überaus erziehbare Wirkung aus, das sei unbestreitbar.

Man betrachte den Neunundsechzig. Wir haben aber bereits eine ganze Anzahl vertratene Industriebetriebe, in denen der Arbeiterschaft eingefügt sei und die Anerkennung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer gefunden habe. Letztere möchten nicht mehr zu dem alten Zustande zurückkehren. Die Wohlbefinden der Arbeiterbewegung läßt in dieser Richtung eine überaus erzielbare Wirkung aus, das sei unbestreitbar.

Man betrachte den Arbeiterschaft. Wir haben aber bereits eine ganze Anzahl vertratene Industriebetriebe, in denen der Arbeiterschaft eingefügt sei und die Anerkennung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer gefunden habe. Letztere möchten nicht mehr zu dem alten Zustande zurückkehren. Die Wohlbefinden der Arbeiterschaft sollte man auch den staatlichen Arbeitern verschaffen.

Redner sei damit einverstanden, daß sein Antrag, anstatt einer Kommission einer Deputation überwiesen werde, wie das Herr Hormann beantragt hat. Es bitte aber darum, den Antrag nicht von der Hand zu weisen. (Bravo!)

Der Antrag gelangte zur Abstimmung und — Abstimmung.

Die große Mehrheit der liberalen Vertreter der Bürgerschaft stimmte ihm zuerst. Nicht einmal

wollte sich der Staat an die Befreiung der Verdolmung der von ihm befreiteten Arbeiter herantreten!

Befriedigend giebt es nicht unerheblicher Theil der Bremer Staatsarbeiter unserer Verträge an. Aufgabe

bezeichnet wird es sein, durch eine starke Organisation

eine derartige Position zu erodieren, daß die überarbeiteten Herren zum Nachgeben gezwungen werden.

Verbandsteil.

Verbandsvorsteher: **V. Heilig, Berlin N., Urbanstraße 34.** Geschäftsführer Sekretär des Verbandes: **Grund Poersch, Berlin W. 3., Winterfeldtstr. 25, Büro III. Sprechst. von 10 - 12 Uhr.**

Vormittag. Sonn- und Feiertags ist die Geschäftsstelle geschlossen. Verbandskasse: **V. Poersch, Berlin N. 38, Treidowstr. 18.** Alle Kontrollen, Anträge u. s. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldbindungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die "Gewerkschaft" bestimmt, sind nur an den Verbandskasse zu richten.

Geldbindungen für die Gewerkschaft gehen an

Dr. Poersch.

Vertretender des Ausschusses: **V. Schulz, Berlin S.O., Lautherstraße 21.**

Korrespondenzen.

Berlin. Am 17. d. M. fand hier eine Versammlung der jüdischen Arbeiter und Interessenten statt, die zu der Magistratsvorlage betreffend die Pensionsberechtigung und Unterbliebenen-Befreiung der jüdischen Arbeiter Stellung nahm. Die Versammlung, welche im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, war von über 1000 Personen besucht.

Der Referent Pörrich erklärte die Vorlage als einen Fortschritt auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik, stand sie jedoch im Allgemeinen recht ungerecht. Die Forderung einer ununterbrochenen zehnjährigen Dienstzeit als Voraussetzung der Pensionsberechtigung sei unter dem jetzigen System der zeitweiligen Rübdungen ungerechtfertigt. Bei Berechnung der Höhe des Rübdedes müßte nicht, wie der Magistrat vorschlägt, der Verdienst der letzten zwei Jahre, der naturgemäß bei älteren Arbeitern ein geringerer ist, sondern der Verdienst der letzten zehn Jahre den Maßstab bilden. Das Mindest-Wittwohngeld sollte, wie in Charlottenburg auf 250 M. festgesetzt werden. Jede Pensionsverträge-

verträge müßte von der Stadtverordneten-Versammlung geprüft werden. In erster Linie jedoch hätte die Rension beweisen, daß Rübdengeld eine einfliegbare Forderung, wie bei den Beamten, zu bilden. Berechtigte Einwendungen gegen diese Forderungen könnten wohl kaum erhoben werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

"Die versammelten städtischen Arbeiter und Unterangestellten sind der Ansicht, daß die Vorlage, welche der Magistrat dem Stadtverordneten-Kollegium gemacht hat, betrifft Pensionsberechtigungs- und Unterbliebenen-Befreiung nicht den bei derzeitigen Wünschen entspricht. Insbesondere bedauert sie es sehr, daß der Magistrat den städtischen Arbeitern kein klagbares Recht auf Pensionen und Unterbliebenen-Befreiung gewähren will. Die Versammelten können die diesbezüglichen Einsprüche des Magistrats nicht als stützhaft ansehen; sie meinen innerhalb d. Berliner G.m.b.H.-Betriebs ebenso ungünstige und unbedeutende Mitglieder zu sein, wie die städtischen Beamten, weshalb man ihnen auch die gleichen Rechte wie diesen gewähren müßte."

Die Besammelten hoffen, daß der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage die heute gedurftenen Wünsche der städtischen Arbeiter berücksichtigt und so eine Vorlage eröffnen wird, die den berechtigten Wünschen entspricht."

Berlin II. (Kanalisationsarbeiter.) Am 15. Dez., Abends 8 Uhr, fiel die Sitzung II. der Mörsch, Lindenstraße 35, ihre Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vorlesung des Protolls. 2. Versprechungs- und Urabstimmung über das vorliegende Streitreglement. 3. Wie stehen sich die Kollegen zu der Frage betreffend Abschaffung der Nachwachen? 4. Besprechungen.

Der 1. Punkt wurde in üblicher Weise erledigt.

Da beim 2. Punkt der Vorlesende, Kollege Schreiber, immer noch nicht erschienen war, so erläuterte der zweite Vorlesende, Kollege Schabel, die einzelnen Paragraphen, wobei es bei einigen Paragraphen sehr leicht lebhaft diskutiert sam. Hauptpunkt bei § 3 waren einige Redner der Meinung, daß der Zustanzenweg nicht notwendig wäre, sondern man sollte gleich die höchste Zustanze aufrufen. Kollege Schabel erwiderte den Antrag, daß der Zustanzenweg unbedingt laut Verfassung Arbeitsordnung zu unterscheiden werden müsse. Bei der Abstimmung wurde die gehämmerte Vorlage mit 58 gegen 1 Stimme angenommen.

Beim 3. Punkt, wie sollen wir uns zur Abschaffung der Nachwachen?, entpannte sich ebenfalls eine lebhafte Debatte. Kollege Reich war der Meinung, man sollte einfach auf die Wache 2 M. verlangen; es wäre nicht richtig, auf die Wache zu verzichten, wo wir anderweitig Lohnzulagen erhalten wollen. Mehrere Redner wiesen nach, daß man durch die Wachen keinen Nutzen habe. Ein Arbeiter, der morgens um 5 Uhr seine Familie verlässt und den ganzen Tag auf der Straße arbeite, ist trotzdem Abends die Wache an und müsse am nächsten Tage wieder die Arbeit auf der Straße verrichten und eventuell manchmal nach der Beendigung der Tagesarbeit sofort wieder zum Nachdienst erscheinen, entziehe sich gänzlich der Familie. Wo bleibt der einen derart langen Arbeitszeit der Körper, wenn man immer nur Brod angemessen ist, welches man noch im Haushalt, zur Butterung verbraucht, verzehrt müsse. Mehrere Redner sprachen ihr Unverständnis darüber aus, daß auf denjenigen Stationen, wo die Herren Angestellten wohnen, die Wache nicht zu arbeiten braucht, sondern nur zu wachten habe, damit sein Nachbiger das Brandstück betrete u. i. w., während auf den Stationen, wo die Herren Überarbeiter wohnen, das Wachen nebenstehlich ist, und wo die Wache Holz kaufen und Holz und Kohlen zum häuslichen Bedarf für die Überarbeiter in die Wohnungen bringen muss und Wege private Natur zu gehen habe. Da ein Schlußantrag eingegangen war, wurde beschlossen, auf dieses Thema in einer späteren Versammlung zurückzukommen.

Rückden noch die Sitzung zum Maskenball vereitelt worden, schloß der 2. Vorlesende, Kollege Schabel, die Versammlung.

Berlin IV. (Desinfektoren.) Am Mittwoch, den 5. Dezember, tagte die Mitgliederversammlung der Sitzung Berlin IV. Auf der Tagesordnung stand:

1. Protollevorlesung.
2. Rübdengeld.
3. Urabstimmung des Reglements für Lohn-Verwegungen, Magazinregelungen, Arbeitsumstellungen u. s. w.

4. Besprechungen.

Punkt 1 und 2 wurden wie üblich erledigt und dem Rübdere Direktor übertragen.

Punkt 3 wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, und sollen Handzettel befußt reg. der Beibehaltung ausgetragen werden.

Punkt 4, Besprechungen, wurde die Unterstützung entlassenen Kollegen unserer Sitzung beprochen. Es wurde folgender Antrag eingereicht:

"Bei Entlassungen, welche die Sitzung IV als Maßregelung betrachten, und die betreffenden Mitglieder durch freiwillige Beiträge zu unterstützen. Die Beitragszahlung darüber bedarf sich jedoch die Mitgliederversammlung vor."

Es wurde weiter beschlossen, nachdem dem Kollegen Sabots 20 M. Unterstützung gezahlt worden sind, auch Sabots 20 M. zu gestehen, jedoch soll der letztere Beitrag durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden.

Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Charlottenburg. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der vierten Sitzung tagte am Dienstag, den 18. d. M., in der Gambrinusbrauerei, Wallstraße 94. Wenigstens fünfzehn Imme rekrutierten in wahrhaft überzeugender, oft von pürmischen Beifall begleiteter Beitragsweise über das Thema „Die Sozialdemokratie und die Gemeindearbeiter.“

Beim nächsten Punkt beschließt die Versammlung, sofort keine Krankenunterstützung zu gewähren. Die Mitgliederversammlungen sollen in Zukunft jeden dritten Sonntag, Vormittag ab 9½ Uhr, im bisherigen Sitz des „Gambriusbrauerei“, Wallstraße 94, bei Beyer stattfinden. Die „Generalversammlung“ wird durch die Vertrauensmänner vertheilt. Das Reglement für Lohnbewegungen etc. wird mit 96 Stimmen angenommen.

Unter Beschiedenes werden wie gewöhnlich Klagen über die Vorgesetzten und über Missstände auf den Gaswerken vorgebracht. Besonders wurde das schrofe Auftreten des Gasmeisters Müggenburg den Feuerleuten gegenüber geübt. Nach seiner Meinung sollten dieselben nicht richtig gezogen haben. Sofort war dieser Herr mit der Dröhung bei der Hand, wo mir Sie das nicht richtig machen, lasse ich Sie sofort zur Hofarrest abschließen. Das hört sich ja an, als befommene die Feuerleute bei ihrer Arbeit etwas gescheit oder darüber waren von Seiten der Verwaltung grobhaft entlohnzt? In Charlottenburg stachen die Feuerleute der Gaswerke bezüglich des Gehaltes gegenüber den Berliner Betriebsarbeitern in Sparhäusern bedeutend zurück. Dann wird, das neuzeitliche Sparhausystem der Betriebsverwaltung des Gaswerkes II eingehend erörtert. Darnach soll sich seiner Zeit Herr Angenieur Hesse, als verantwortliche Person beim Breyer-Werkstatt in Altona noch nicht einmal das Tagelohn erreichten und deswegen b i der Direktion vorstellig wurden, gekämpft haben: „Diese Arbeit können Kinder machen, dan werde ich Euch zeigen.“ Tatsächlich hat nun die sozialistische Verwaltung seit langer Zeit vier jugendliche Arbeiter von ca. 16 Jahren mit dieser Arbeit betraut. Arbeiter der Charlottenburger Gaswerke! Freu euch doch darüber, denn es ist kein Mensch, der schon lange Zeit von ihr beschäftigt wird, als Laienmeister davon abzuhängen gemacht haben, ob derartige unferne Verbande angebotet oder nicht. Trotzdem vier Laienmeister vorher nur einzestellt worden sind, und der Mann sich dann im Rücklauf um einen derartigen Posten beworben hat, ist dieser zurückgestellt und darum wiederum keine engagierte worden. Ebenso hat sich Herr Hesse gegenüber einem fehlenden Holzarbeiter, welcher bei ihm wegen Beschäftigung ansteht, geäußert: „Sind Sie im Verband?“ worauf der Mann mit „Nein“ geantwortet, dann können Sie anfangen.“ Wir führen diese Beeinflussung von Seiten der Beamten unbewußtlich. Jeder Arbeiter hat das bestreite Recht, seine Interessen nach jeder Richtung da voll und ganz wahrzunehmen. Der Einzelne ist hierzu machtlos. Nur vereint kommt man zum Ziel. Zu welchem Zweck gehören die Herren den Beamten Vereinigungen an, doch nur zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Also Suum sibi.

Als neueste Spezialität wurde die gegenwärtige Neuerung bezüglich der Ausförderung des Medizintechnischen bezeichnet. Früher waren Gasmeister befugt, in Halle der Erkrankung eines Arbeiters sofort einen Krankenwagen Medizintechnik aufzubärdigen, jetzt dagegen muß der eventuell erkrankte Arbeiter warten, bis Herr Hesse, denn nur er allein stellt jetzt die Schiene aus, es ist nötig befindet zu erscheinen und einen Schein auszustellen. Wenn sich dann ebenfalls ein Arbeiter der Nachricht erhalten, kann zu werden und glaubt, sofort einen Krankenwagen zu bekommen, so ist das die Rechnung ohne den Wurf gemacht, so schnell ist der Herr Angenieur nicht zu sprechen. Es sind ja auch nur gewöhnliche Arbeiter, die können ja im feierlichen Zustand einige Stunden warten. Diese Neuerung istem für den betreffenden Herrn den Zweck zu haben, um Leute, die womöglich das Malen haben, mehr wie einmal krank zu werden oder etwa längere Zeit krank zu sein, baldmöglichst zu entlassen. Da fragt dieser Mann noch: „Na sagen Sie mal, bin ich dann wirklich so schlecht, wie ich von den Leuten geschildert werde?“ Antwortet wer da will.

Die neue Methode Hesse sieht ein Nachahmen zu finden. Sonst war es bei der städtischen Gasverwaltung üblich, und das zu recht, daß bei jeder Gelegenheit das Dienstalter der einzelnen Arbeiter neben ihrer Tüchtlingskarte in Betracht gezogen wurde. Jetzt scheint gerade dort das Gegenteil gut Anwendung zu kommen. Zur Erklärung dient folgendes Vorlesung: Auf Gaswerk I (Charlottenburger Werk) und 2 (Feuerleute R. R., Eisener 11 Jahre, der zweite 7 Jahre beschäftigt und bisher als zuverlässig und fleißig angesehen worden. Dieselben haben alle Spezialarbeiten, die in Gaswerken vorkommen, sowohl von der Seite aus leisten müssen und auch ausgeführt. Der am längsten Beschäftigte in ganz zu kleinen Büromitschriften zeitweise herausgezogen worden. Diese Leute und mit Jahr als Petreitsarbeiter (Feuerleute) beschäftigt worden, bei welcher Arbeit bestimmt in Unterdruck der schweren und ungelenken Dienstleistung ein höherer Lohn, hier sei langer Zeit 50 Pf. pro Stunde gezahlt wird. Nun soll wohl die neue Methode des Herrn Angenieurs von Gaswerk II auch am Gaswerk I übertragen werden. Einer der beiden Arbeiter mache in guter Absicht den Gasmeister Kontakt darauf aufmerksam, daß bei der neuen Methode Segen des Rades für die Seiten, die Seiten nicht, welche bereits zweimal den Betriebsabstand auf der 11 Ansatz auf kurze Zeit zur Folge hatte, lange genug abstanden. Herr Conrad erwiderte hierauf in schroffer Weise: Es wird gearbeitet, wie ich es bestimme.

Geraume Zeit nach diesem unbedeutenden Intermezzo erhält der Gasmeister den oben bezeichneten Arbeitern, daß sie von nun an Holzarbeit zu verrichten haben und sollte als Ertrag zwei Vorarbeiter, welche noch nicht jenseit zweier Jahre auf dem Gaswerk beschäftigt sind, als Zeiterbeiter ins Feuerhaus. Also aus Dank für die Klimmeklampe und die Wahrnehmung vorbehalteter Interessen für die Gasverwaltung von Seiten der Arbeiter werden dieselben degradiert und tragen ihrer langjährigen Dienstzeit zurück, und anstatt die frei gewordenen Posten durch solche Arbeiter wieder zu besetzen, welche der Verwaltung schon 7 Jahre und länger Dienste leisten, werden gewissensmässig die jüngsten Arbeiter (Sünstlinge) bevorzugt.

Dabei wird aber den Leuten stets und ständig in die Ohren posaunt: Seid fleißig und brav, damit ihr dennoch ein die Wohltat der Pensionierung von Seiten der Gemeinde genießt. Möchte doch den Herren Beamten

einmal so mitgespielt werden. Wie würden sie betören möchten schreien. Selbstverständlich konnten sich die beiden Arbeiter nicht mit dieser Majestätung zufriedengeben und beschwerten sich deshalb bei dem Betriebsleiter Forster, doch da fanden die Leute gerade an die richtige Adreß: „Wie der Gasmeister es bestimmt hat, so bleibt es.“ Das war die Antwort auf die beschiedene Anfrage der Leute. Eine Klassierung des Sachverhalts oder eine Rechtfertigung der Leute gab es gar nicht. Herr Direktor Meyer, dem die bezeichneten Arbeiter nunmehr ihre Weise herbeieilten, ließ sich wohl in freundlicher Weise unterhalten, ließ sich anführen, versprach auch, dafür zu sorgen, daß den Leuten ihr Recht werde, doch bis dato ist dies nicht geschah. Vielleicht fragen Sie, welche Zeit ist das, den beiden Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Mit welcher Widerstreit und Impertinenz Herr Gasmeister Conrad auf Gasanlage I die ihm unterstellten Arbeiter behandelt, beweist folgendes:

„Ist Rots zu vermeiden, dann heißt es im Kaiserlichen Polizei-Blatt Blaue Rots messen.“ Nebenbei muß die Rekrutierung eine Speziallederfabrik bei dem benannten gewesen sein, denn noch heute steht er oft in diese Vergnügung. Sprich deshalb die Arbeiter verschieden mit „Du“ an. Ekel, Schieße, Schafsfeld usw. die üblichen Bezeichnungen, welche sich dieser Herr den reicht, ist es mein Wunder.

Bei dieser Gelegenheit können wir nicht umhin, der Charlottenburger Gasverwaltung sowohl wie deren Beamten den Vorwurf zu machen, daß ihr die organisierten Gasarbeiter ein Dorn im Auge sind, sonst würden sie nicht die Anstellung eines Arbeiters, der schon lange Zeit von ihr beschäftigt wird, als Laienmeister davon abhangen gemacht haben, ob derartige unferne Verbande angebotet oder nicht. Trotzdem vier Laienmeister vorher nur einzestellt worden sind, und der Mann sich im Rücklauf um einen derartigen Posten beworben hat, ist dieser zurückgestellt und darum wiederum keine engagierte worden. Ebenso hat sich Herr Hesse gegenüber einem fehlenden Holzarbeiter, welcher bei ihm wegen Beschäftigung ansteht, geäußert: „Sind Sie im Verband?“ worauf der Mann mit „Nein“ geantwortet, dann können Sie anfangen.“ Wir führen diese Beeinflussung von Seiten der Beamten unbewußtlich. Jeder Arbeiter hat das bestreite Recht, seine Interessen nach jeder Richtung da voll und ganz wahrzunehmen. Der Einzelne ist hierzu machtlos. Nur vereint kommt man zum Ziel. Zu welchem Zweck gehören die Herren den Beamten Vereinigungen an, doch nur zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Also Suum sibi.

Köln. Die in der Stadtgärtnerei beschäftigten Gärtnerei und Gartenarbeiter nahmen am 17. November Versammlung zu Beratung des Rates und der Stadtverordneten gegenüber der Gingabe der genannten Arbeiter. Der Referent, Herr Koch, erklärte, daß die Gärtnerei auf diese Gingabe vom April bis November ohne Antwort geblieben ist, eine solche Behandlung müßte die iesige Entrümpfung hervorrufen. Es sei bestrebt, in welch geprägtem Tore der Oberbürgermeister fordert als auch der Ausschätzereiter der letzten Stadtverordnetenversammlung sich über die Gärtnerei und die Arbeit geäußert haben. Mit seinem Worte habe man dagegen der jämmerlichen Bedürfnisse dieser Arbeiter geraubt, und nur von sozialdemokratischen Stadtverordneten sei die Gingabe vertreten worden. Der Redner fordete, daß die Gärtnerei und Gartenarbeiter bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ihre Meinung über die Gärtnerei zum Ausdruck bringen. Die daraus folgende Diskussion fordert noch eine ganze Reihe von Nebenständen zu Tage. Haupthaupthand wird über die Bebandsunterstützung auf den Arbeitsplätzen klage geführt. **Stadtverordnetenversammlung** ist die Plakette, wie in anderen Städten die jämmerlichen Gärtnerei und Gartenarbeiter entlassen werden. Danach erhalten die Gärtnerei und Gartenarbeiter bei jedem 100 Arbeitstagen 3,80 bis 4, M. die Arbeit, die es nicht der Rübe wert hält, da ist ein großer Teil der Kollegen wird schon generell haben, was für ein Wund in Berlin wohlt, daß die jämmerlichen Rechte, die der Arbeiter durch noch in den Krankenfasseln befreit, vollständig aufgeweckt werden sollen. Wir können unzählige Fälle auftreten, wo die Arbeitnehmer der Krankenfasseln es sich zur Pflicht gemacht, die Plakette und die Rose regelmäßig zu vertreten, zur Belohnung auf's Straßenplatz getragen werden. Wie sieht es aber auf dem Gebiete des Wohnungswesens aus; da sieht die einen einen großer Teil der Arbeiter dem Quartalswechsel mit großer Sorge entgegen, indem sie stets der Gefahr entgegenstehen, vom Hauswirt gefeuert zu werden und das er event. in Folge des reichlichen Kundenbezugs keine Wohnung bekommt und ins Obdachlosen-Haus wandt. Das sind gewiß keine ehrlichen Zustände, da haben wir keine Würde unterschlagen zu sein. Das Vorwissen des Berliner Bürgers mag einem jeden als Wegweiser dienen; mit den Löwen stehen wir ebenfalls noch auf einer sehr niedrigen Stufe. Es sind schon verschiedene Gewerkschaften, die kürzere Arbeitszeiten erlangt haben. Ich meine, daß wir unter Tel. dahin sagen, daß wo 10 Stunden Arbeitzeit in der Arbeitsordnung verzeichnet ist, daß wir wissen ist, daß der Rohn so bemessen wird, daß auch in Wirklichkeit nur 10 Stunden gearbeitet wird. Es wird damit geprahlt, hier haben wir neue oder zumindestige Arbeitzeiten, in Wirklichkeit mag der Arbeiter aber 12 und 13 Stunden arbeiten, um für seine Familie die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen, die zur Erhaltung des Körpers erforderlich sind. Darum an Kollegen, schaut Eure Interessenlängen ab und erscheint in den Versammlungen. Mit dem Beginn eines neuen Jahres wollen auch wir mit neuen Kräften und frischem Mund an die Arbeit gehen, damit die gerechte Sache befürwortet wird. Dazu ist es notwendig, daß ein jeder mitarbeitet und nicht nur zuläßt und sagt: Die lohnt man, wenn die gewinnen, dann gewinne ich auch.

Ein Magdeburger Mitglied.

leider wegen der Unkenntnis der Anwesenden nicht zum Abschluß gebracht werden konnte und wurde behauptet, daß der Central-Borstand hänge von den Filialen und diese nicht von ihm ab. Auch Punkt 6 konnte nicht erledigt werden, weil der Delegierte vom Gewerkschaftsrat nicht erschienen war. Unter Beschiedenes stellte Kollege Ritter den Antrag, daß im Todesfalle eines Kollegen an unbekannte Familien die Anfrage gestellt würde, ob sie keiner das Geld oder den Trauzug möchten. Der Antrag wurde abgelehnt. Kollege Hubn stellte den Antrag, eine Arbeits-Ordnung für die Werkstatt zu beschaffen. In der That konnte niemand bestimmt sagen, ob eine Arbeits-Ordnung vorhanden ist oder nicht, geben will in dem Neubau noch keiner dieselbe haben. Sollte dies der Fall sein, dann müßte keine Arbeits-Ordnung vorhanden, und jeder Aufschluß könnte nach seinem Belieben entlassen, dann spräche das eine Sprache, die nicht zur Ehre der Kollegen gereichen würde. Es müßte den Kollegen der Werkstatt doch endlich klar werden, wie noch es ist, eine gute Organisation zu schaffen, denn gerade in dieser Beziehung bleibt noch viel zu tun haben übrig. Diese Sache wird einer Kommission von nachstehenden fünf Mitgliedern, Kollegen Hubn, Rohr, Brüllmann, Riff, Ritter, überwiesen. Schluß 11½ Uhr.

Eingesandt.

Ich fühle mich veranlaßt, ein paar Zeilen zum Besten zu geben, denn es verursacht manchmal ein mißliches Gesprächchen, wenn man sieht, wie Kollegen aus ganz diversen Gründen dem Verbund den Rücken schreiben. Ein kleines Gerücht, welches nicht der Rede wert ist, gestalt, um ihren Austritt aus dem Verbund zu bewirken. Der Schaden liegt natürlich auf Seiten derjenigen, welche dem Verbund nicht aus Überzeugung, sondern mehr dem oder jenem Kollegen zu Liebe bei. Kommt das Gerücht vor, was selbstverständlich unter organisierten Kollegen nicht vorkommen dürfte, schwapp schweigen die Hände ins Röhrn. Wenn man ein bisschen Verstand hätte, so könnte man, so würde das nicht so oft vorkommen. Wenn ich katholisch bin und würde mich mit meinen Glaubensgenossen deutlich überwerfen, daß wir die ärgsten Feinde wären, und ich würde deshalb aus der Kirche austreten, dann würden sie mich mit Recht als Kirche bezeichnen, indem mir vorgehalte wird, daß die Kirche mit der persönlichen Feindseligkeit nichts zu thun habe und in Wirklichkeit ich könnte der Fall eintreten, daß ich alle Monate meine Religion wechseln müßte. Ebenso kann man sich mit dem Verbund beschäftigen, da ist ein Teil, die es nicht der Rübe wert halten, eine Versammlung zu besuchen, bei verschiedenen Kollegen wiederholt der genannten Gewerke zu mögen, denn mit beauftragten Kopien kann man schwerlich etwas brachten; und das wäre man auch der Frau nicht weiß machen können, daß man in jolchem Zustande im Staude ist, in dem Aufgaben der Organisation gerecht zu werden, so fehlt es bestrebt, in welch geprägtem Tore der Oberbürgermeister fordert als auch der Ausschätzereiter der letzten Stadtverordnetenversammlung sich über die Gärtnerei und die Arbeit geäußert haben. Mit seinem Worte liegt in dringender Wandlung notwendig, denn ein großes Übel liegt darin Gewerkschaften noch ob. Immer wieder können wir beobachten, wie eine Interessengruppe es versucht, bei jeder Gelegenheit Stimmung für sich und die Gewerkschaft zu machen, da sollte sich ebenfalls der Arbeiter regen, um dagegen Stellung zu nehmen und Protest zu erheben. Was würde uns die neue Wohnungslage, wie wir dank der Organisation ertragen, so würde uns mit einem Schlag wieder zu Wasser gebracht, das Erwähnt wurde in die Tafeln einiger Großgrundbesitzer liegen. Somit hätten wir schwere Kämpfe mit den Arbeitgebern wieder zu führen, wann wir die Betroffenen weit machen wollten. Mit dem Kaufmännungsfeier steht es genau so; ein großer Teil der Kollegen wird schon generell haben, was für ein Wund in Berlin wohlt, daß die jämmerlichen Rechte, die der Arbeiter durch noch in den Krankenfasseln befreit, vollständig aufgeweckt werden sollen. Wir können unzählige Fälle auftreten, wo die Arbeitnehmer der Krankenfasseln es sich zur Pflicht gemacht, die Plakette und die Rose regelmäßig zu vertreten, zur Belohnung auf's Straßenplatz getragen werden. Wie sieht es aber auf dem Gebiete des Wohnungswesens aus; da sieht die einen einen großer Teil der Arbeiter dem Quartalswechsel mit großer Sorge entgegen, indem sie stets der Gefahr entgegenstehen, vom Hauswirt gefeuert zu werden und das er event. in Folge des reichlichen Kundenbezugs keine Wohnung bekommt und ins Obdachlosen-Haus wandt. Das sind gewiß keine ehrlichen Zustände, da haben wir keine Würde unterschlagen zu sein. Das Vorwissen des Berliner Bürgers mag einem jeden als Wegweiser dienen; mit den Löwen stehen wir ebenfalls noch auf einer sehr niedrigen Stufe. Es sind schon verschiedene Gewerkschaften, die kürzere Arbeitszeiten erlangt haben. Ich meine, daß wir unter Tel. dahin sagen, daß wo 10 Stunden Arbeitzeit in der Arbeitsordnung verzeichnet ist, daß wir wissen ist, daß der Rohn so bemessen wird, daß auch in Wirklichkeit nur 10 Stunden gearbeitet wird. Es wird damit geprahlt, hier haben wir neue oder zumindestige Arbeitzeiten, in Wirklichkeit mag der Arbeiter aber 12 und 13 Stunden arbeiten, um für seine Familie die notwendigen Lebensmittel zu beschaffen, die zur Erhaltung des Körpers erforderlich sind. Darum an Kollegen, schaut Eure Interessenlängen ab und erscheint in den Versammlungen. Mit dem Beginn eines neuen Jahres wollen auch wir mit neuen Kräften und frischem Mund an die Arbeit gehen, damit die gerechte Sache befürwortet wird. Dazu ist es notwendig, daß ein jeder mitarbeitet und nicht nur zuläßt und sagt: Die lohnt man, wenn die gewinnen, dann gewinne ich auch.

Ein Magdeburger Mitglied.

Magdeburg III. Sonnabend, den 8. Dezember, tagte im Sitz des Sitzes die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der Filiale III. Punkt 1 war bereits vorher erledigt worden. Beim Punkt 2 gab der Kollege Ritter den Kostenbericht für das 3. Quartal 1900. Nach demselben hatte die Filiale eine Gesamtsumme von 29,87 M., dem gegenüber stand eine Aufgabe von 14,70 M., auf die Hauptkasse wurden geladen 81,95 M., die bleibt demnach ein Filialen-Bestand von 112,72 M., wovon 110 M. auf der Sparkasse angelegt sind. Der Revisor bestätigt die Bilanz der Kassenbestände und wird dem Käpten Deßarge erhebt. Als Revisor wird der Kollege Robert Brüllmann an Stelle des Kollegen Ritter gewählt. Ferner Punkt 4 wurde einem starken Kollegen eine Unterstützung von 5 M. bewilligt. Beim Punkt 5 kam die Urabstimmung zur Besprechung, welche

politischer Hinsicht billigerweise zu stellenden Anforderungen entsprechen. Redner beantragte also, zunächst den Antrag an eine Kommission von 9 Mitgliedern zu verweisen. Man mache uns oft unbedeutenderweise den Vorwurf, daß wir zu präfuscher Mitarbeit nicht zu haben seien. Hier nehmen wir Gelegenheit zu beweisen, daß das doch der Fall. Lebte man diesen Antrag ab, so werde die Bedürftung annehmen müssen, daß für die Behandlung sozialpolitischer Fragen in der Bürgerschaft jedes Verständnis fehle. (Bravo!)

Herr Hormann: Es handelt sich nicht allein um die Höhe des lebensnotwendigen Lohnes, sondern darum, ob die Bürgerschaft auf einem Minimallohn überhaupt eingehen will. Der Staat soll nicht aktiv in die Lohnbewegung eingreifen. Minimallohn sind auch die Arbeitersorganisationen nur ein Notbehelf. Sie sind für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vom Leben. Die jüngeren Arbeiter und die älteren, die nicht mehr im Volkswirt ihrer Kräfte sind, werden bei Minimallohn leicht belohnt geschehen. Außerdem wird dem Minimallohn leicht zu einem Normallohn werden, da viele Arbeiter gar nicht einkommen wollen, daß sie weniger leisten, als andere. Erhalten die besseren Arbeiter einen höheren Lohn, so verlangen sie einen gleichen. Der Staat geht nicht gern von dem Lohnsatz, den er festgesetzt hat, ab, er streitet darum in der Höhe des Lohnes auch nicht den Privatbetrieben voran, er zieht im Allgemeinen den Durchschnitt. Wollte der Staat in günstigen Zeiten mit den Löhnern vorangehen, so würde er auch in ungünstigen Zeiten die Löne zu reduzieren nicht unberücksichtigt sein. Berechtigten Wünschen der Arbeiter ist der Staat aber auch nicht entgegengestellt. Gegen Minimallöne haben sich auch die Arbeiter bei einer Volksabstimmung in Pein erholt. Auch mit dem Reimundentag kann der Staat nicht vorangehen. 1896 wurde der Reimundentag verlangt. Dieser ist ganz von selbst gekommen, und der Staat hat ihn mit der Zeit auch eingeführt. Dasselbe wird mit dem Reimundentag sein, wenn wir die wirtschaftliche Entwicklung behalten. In diese wirtschaftliche Entwicklung sollte der Staat nur eingreifen, wenn eindrucksvolle Vorstände vorliegen. Dass solche hier vorliegen, kann ich nicht zugeben. Gegen die Aufnahme der genannten Bedingungen in Verträge muß ich mich erklären, ebenso wie ich gegen die berücksichtigte Streitfrage bin. Schauen kann man sich in diesen Sachen nur durch obligatorische Erfüllung von Eingangsämtern. Auch in der Abstimmungsfrage und Unterstützung der Unterbliebenen kann unser Staat nicht vorangehen. Redner beantragt Verweisung der Angelegenheit an eine Deputation.

Herr Hollister: Was Herr Ebert sagt, ist theoretisch schön, in der Praxis würde er aber Chaos machen, weil er glaubt, daß die Menschen alle Engel sind, die bestehend sind, wenn sie weniger Stunden arbeiten und mehr Geld verdienen, doch dasselbe wie früher zu leisten. Auch das die Arbeiter ihre Freiheit zu ihrer Ausbildung benötigen, glaube ich mir, die vierten denkt, nur Arbeiter, die ich sehe, beweisen mich anders, und wenn in Volkswirtschaften gen ein Redner von Fleiß, Rücksicht, Solidarität spricht, so taugt er nichts. Ich bin 55 Jahre alt geworden und habe noch nie Freien gehabt; was viel im Freien ist, braucht keine soziale Erziehung. Das die Arbeiter am schlechtesten bezahlt werden, ist nicht richtig; die Leute, die am schlechtesten bezahlt werden, sind von in Kriegen. Sind die Konsumkosten gering, so verlangen die Arbeiter mehr Lohn; und sie lehnen kommen sie dann auch und sagen: Unser Brüder hat Geld verloren, wir müssen billig arbeiten.

Herr Vanau: Die Antragsteller haben wohl gewußt, daß der Antrag nicht zum Ziel führen kann, er sollte nur im theoretischen Wahlkampf verworfen werden. Ein Minimallohn ist tödlich, es für die Arbeiter, bei denen es auf Mangelarten ankommt. Eine jüngere Arbeitszeit kann die Bürgerschaft nicht einfließen, in der Gewerbe-Novelle ist schon vorgegangen, in der Hinsicht geordnet. Daß der Staat bei Vergebung von staatlichen Abgaben die Bedingungen nicht stellen kann, ist klar; wie sollte er seinen Einsatz, z. B. auf auswärtige Maschinenfabriken gesteuert werden? Auch die Sorge für die Arbeiterbelangen kann die Bürgerschaft nicht diktieren.

Herr Ebert (Zo): Herr Vanau habe den Antrag bestimmt, wie Redner erwartet habe; er habe jemals Sprüche gehört, wie man das von ihm bei allen Fragen, die man nicht gekannt sind, gewohnt ist. Man erkennt müßt Redner es aber zurückweisen, wenn Herr Vanau behauptet, wie haben den Antrag nur der Wahlkampf halber gestellt, nicht um wirkliche Verbesserungen zu schaffen. Das sei gerade eine unehrliche Unterscheidung. Unsere Sache sei so wohl begründet, daß wir die Anwendung derartiger Mittel nicht brauchen.

Am Übrigen handelt es sich durchaus nicht um sozialdemokratische Anträge, sondern lediglich um eine sozialpolitische Reform. Alle Sozialpolitiker aller Parteien treten dafür ein, was dieser Antrag fordert. Nehme man den entschiedensten Anhänger des Liberalismus, den bekannten Abgeordneten Trimborn in Köln, mit alter Wärme trete er für diesen Antrag ein. Nehme man einen bürgerlichen Sozialpolitiker wie Heyder-Kirchhoff, mit einer Schärfe, die uns geradezu übertrifft, vordeutet er die von uns gewünschten Verbesserungen für den Arbeiter. Nehme man Sonnenschein oder Raumann von den Nationalsozialen, sogar konserne Sozialpolitiker beiderfronten die von uns aufgestellten Forderungen. Es handelt sich, wie gesagt, um eine sozialpolitische Reform, die jeder vertreten können, der Sozialpolitik versteht. Aber Sozialpolitik sei ja leider gerade die schwache Seite des Liberalismus.

Gegen den Antrag sind stichhaltige Gründe nicht vorgetragen worden, auch die Ausführungen des Herrn Hormann über den Minimallohn seien nicht stichhaltig. Warum sollte nicht dem Arbeiter geholfen werden, was jedem Beamten zusteht? Man sage dann, die Krippe und Sümpfer würden schlecht dabei vorgekommen. Es sei

wunderbar, mit welcher Wärme man sich bei solchen Gelegenheiten dieser Leute erinnere. Wie sieht es denn aber heute mit diesen invaliden gewordenen Arbeitern? Werden sie nicht heute von den Unternehmern hintergegangen? Redner weiß, daß selbst der Staat sich alt und gebrechlich gewordener Arbeiter zu entlasten wünsche. Herr Hormann befürchtete, daß der Minimallohn zum Normallohn werde. Das sei ja schlimm genug, wenn das der Fall sein würde. Aber warum sollte es nicht möglich sein, auch für die Arbeiter wie bei den Beamten Staaten für die Lohnaufsetzung zu schaffen? Derartiges habe man in Mainzheim und in einer Reihe anderer Städte. Man sollte also nicht mit langatmigen Reden über den Minimallohn, es um die Sache herumgehen. Von Herrn Hormann möchte Redner aber einmal hören, welchen Grund er dafür anführen könne, daß das, was für den Beamten gelte, für den Arbeiter nicht gilt sein sollte.

Auch habe Herr Hollister zwei betrunke Arbeiter geschildert und folgere daraus, daß die Arbeiterschaft im allgemeinen die verfürzte Arbeitszeit nicht zu benutzen wisse. Wer wollte es der deutschen Arbeiterschaft, noch dazu in einer "feindlichen" Republik, vorwerfen, daß sie nicht das Streben nach geistiger Verwaltung habe. Wobei kommen die großen industriellen Erfolge Deutschlands? Der Anteiligkeit der deutschen Arbeiter ist es im wesentlichen zu danken, daß die deutsche Industrie der englischen und französischen die Spur zu bieten vermöge. Um dieses Drängen nach Bildung ght durch die Arbeiterschaft und mir das bestreitet, beginzt damit nur, daß er sich im Volle nicht umricht. Wir bestreiten selbstredend nicht, daß es auch Täuscher unter den Arbeitern gibt, aber das sind nur Ausnahmen. Oder will Herr Hollister etwa bestreiten, daß es in allen Kabinetten der Bevölkerung keine gibt, die keinen? Der Unterschied ist nur, daß sich die Leute elegant in der Drohtheit nach Faule haben lassen, während sich der traurige Arbeiter von seinem Arbeitskollegen abdringen lassen müsse. Gerade aber wie sein Vorlage jetzt bestreitet, den Arbeiterscharakteristik und Selbstbewußtsein einzuprägen, ist in jenen Lebensansprüchen zu haben, was vorausgesetzt ist, er ist auch als ordentlicher Mensch gezeigt. Gerade die Arbeitersbewegung übt in dieser Richtung eine überaus erhebliche Wirkung aus, das sei unbestreitbar.

Man betrachte den Reimundentag. Wir haben aber bereits eine genügend vieler Industriebetriebe, in denen der Reimundentag eingeführt ist und die Anerkennung nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer gefunden habe. Eigene möchten nicht mehr zu dem alten Zustande zurückkehren. Die Wodlitzauer Arbeiterbewegung ist in dieser Richtung eine überaus erhebliche Wirkung aus, das sei unbestreitbar.

Redner sei damit einverstanden, daß sein Antrag anstatt einer Kommission einer Deputation überwiesen werde, wie das Herr Hormann beantragt hat. Er bitte aber dringend, den Antrag nicht von der Hand zu weisen. (Bravo!)

Der Antrag gelangte zur Abstimmung und — Abstimmung. Die große Majorität der liberalen Vertreter der Bürgerschaft rührte ihn nieder! Nicht einmal während soll der Staat an die Beförderung der Verdienstlinie der am beidseitigen Arbeiterschaft beteiligt werden! Befürwortet jedoch ein nicht unbedeutender Theil der Premer Staatsarbeiter unserem Verbande an. Aufgabe der Delegation wird es zu tun, durch eine partei Organisatorisch eine derartige Position zu erwerben, daß die liberalen Herren zum Nachgeben gezwungen werden.

Verbandsstheil.

Berbandvorsteher: **U. Fleißig, Berlin N.**

Urbanus 31. Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Ernst Voersch, Berlin W. 3.**

Winterfeldstr. 25, Raum III. Sprech. von 10-12 Uhr.

Vorstand: Sonn. und Feiertage ist die Geschäftsstelle geschlossen. Berbandsklasse: **P. Pöschard, Berlin N. 38, Friedewaldstr. 18.**

Alle Vorstandungen, Anträge u. s. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen, mit Ausnahme derjenigen, welche für die Gewerkschaft bestimmt sind, sind nur an den Berbandsklasser zu richten.

Geldsendungen für die Gewerkschaft gehen an **Dr. Voersch.**

Vorsteher des Ausschusses: **P. Schulz, Berlin S.O., Lauterstraße 21.**

Korrespondenzen.

Berlin. Am 17. d. Mts. fand hier eine Versammlung der jüdischen Arbeiter und Unterangestellten statt, die zu der Magistratsvorlage hörte und die Verhöre begutachtung und hinterbleibenden Berichtigung der jüdischen Arbeiter Stellung nahm. Die Versammlung, welche im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, war von über 1000 Personen besucht.

Der Referent Pöschard erklärte die Vorlage als einen Fortschritt auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik, und sie jedoch im Allgemeinen recht unzureichend. Die Forderung einer ununterbrochenen jährlichen Dienstzeit als Voraussetzung der Pendlungsberechtigung sei unter dem jetzigen Zustand der zeitweiligen Pendlungen ungerechtfertigt. Bei Berechnung der Höhe des Nebengebäudes müßte nicht, wie der Magistrat vorschlägt, der Verdienst der letzten zwei Jahre, der naturgemäß bei älteren Arbeitern ein geringerer ist, sondern der Verdienst der letzten zehn Jahre den Maßstab bilden.

Das Kindert-Wittwengeld sollte, wie in Charlottenburg auf 250 Mtl. festgesetzt werden. Gebe Pensionsverträge, die

geprüft werden. In erster Linie jedoch hätte die Pension bezw. das Heitengeld eine einladbare Forderung, wie bei den Beamten, zu bilden. Berechtigte Einwendungen gegen diese Forderungen könnten wohl kaum erhoben werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die versammelten städtischen Arbeiter und Unterangehörigen sind der Ansicht, daß die Vorlage, welche der Magistrat dem Stadtverordneten Kollegium gemacht hat, bezw. Pensionsberechtigungs- und Hinterbleibenden-Berichtigung nicht den bestreitigen Wünschen entspricht. Insbesondere bedauern sie es sehr, daß der Magistrat den städtischen Arbeitern kein flagbares Recht auf Pension und Hinterbleibende-Berichtigung gewähren will. Die Versammlungen fordern die diesbezüglichen Einwendungen des Magistrats nicht als schuldbefreit anerkennen; sie meinen innerhalb d. c. Berliner Betriebsbetriebe ebenso nützliche und notwendige Mitglieder zu sein, wie die jüdischen Beamten, weshalb man ihnen auch die gleichen Rechte wie diesen gewähren müsse.

Die Versammlungen hoffen, daß der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage die heute geäußerten Wünsche der städtischen Arbeiter berücksichtigt und so eine Vorlage erlassen wird, die den berechtigten Wünschen entspricht.

Berlin II. (Kanalisationarbeiter) Am 15. Dez. Abends 8 Uhr, hielt die Sitzung II des Mörsels, Jüdenstr. 35, ihre Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Berichtigung des Protocols. 2. Berichtigung und Abstimmung über das vorliegende Streitgegenstück. 3. Würden sich die Kollegen zu der Frage befreite Abstimmung der Nachwahlen? 4. Berichtigungen.

Punkt 1. Punkt wurde in üblicher Weise erledigt. Da beim 2. Punkt der Vorsthende, Kollege Schreiter, immer noch nicht erschienen war, so erläuterte der zweite Vorsthende, Kollege Schabel, die einzelnen Paragraphen, wobei es bei einigen Paragraphen zu recht lebhafter Diskussion kam. Hauptpunkt bei § 3 waren einige Redner der Meinung, daß der Zusatzantrag nicht notwendig wäre, sondern man sollte gleich die bisherigen Zusätzchen annehmen. Kollege Schabel erwiderte den Antragenden, daß der Zusatzantrag unbedingt laut Vorlage abstimmen werden müsse. Bei der Abstimmung wurde die geäußerte Vorlage mit 55 gegen 1 Stimme angenommen.

Punkt 3. Punkt. Wie stellen wir uns zur Abstimmung der Nachwahlen? Entsprach sich ebenfalls eine lebhafte Debatte. Kollege Schabel war der Meinung, man sollte lieber für die Wahlen 2 Mtl. verzögern; es wäre nicht richtig, auf die Wahlen zu verzögern, wo wir anderweitig Lohnanträge haben wollen. Mehrere Redner wiesen nach, daß man durch die Wahlen keinen Nutzen habe. Ein Arbeiter der morgens um 5 Uhr seine Familie verlässt und den ganzen Tag auf der Straße arbeitet, trotz dann Abends die Wache an und müsse am nächsten Tage wieder die Arbeit auf der Straße verrichten und eventuell manchmal nach der Beendigung des Tagesarbeits hörte wieder zum Nachtdienst erscheinen, entziehe dies gänzlich der Familie. Wo bleibt bei einer fortwährenden Arbeitszeit der Körper, wenn man mitten nur am Platz ankommt, in welches man noch im Passat, der Witterung nichts geben, verkehrt wäre. Mehrere Redner sprachen ihr Sprechen darüber aus, daß auf denjenigen Stationen, wo die jungen Angestellten wohnen, die Wache nicht zu arbeiten braucht, sondern nur zu wachen habe, dann kann Habenberger das Kindertag betreue u. s. w., wachen auf den Stationen, wo die jungen Dienstbeamten wohnen, das Wachen nebenjährl. ist, und wo die Wache dort wiede in der Wohnung in einer ruhigen und ungefährdeten Natur zu gehen habe. Da ein Schlußantrag eingegangen war, wurde beschlossen, an dieses Thema in einer weiteren Versammlung zurückzukommen.

Nachdem noch die Bill. us. zum Maskenball verhießt wurden, schloß der 2. Vorsthende, Kollege Schabel, die Versammlung.

Berlin IV. (Gewerktore) Am Mittwoch, den 5. Dezember, tagte die Mitgliederversammlung der Sitzung Berlin IV. Auf der Tagesordnung stand:

1. Protocollsberichtigung.
2. Rücksicht.
3. Abstimmung des Reglements für Lohn-Bewilligungen, Pflegeliegungen, Arbeitsempfehlungen u. s. w.
4. Berichtigungen.

Punkte 1 und 2 wurden wie üblich erledigt und dem Rücksicht-Deklaration erließt.

Punkt 3 wurde zur nächsten Versammlung zurückgestellt, und sollen handfest beabsichtigt werden.

Punkt 4. Berichtigungen, wurde die Unterstützung entlassenen Kollegen unserer Sitzung besprochen. Es wurde folgender Antrag eingeholt:

Bei Entlassungen, welche die Sitzung IV als Pflegeliegung betrachten, sind die betreffenden Mitglieder durch freiwillige Beiträge zu unterstützen. Die Beitragszahlung darüber bedarf ich jedoch die Mitgliederversammlung vor.

Es wurde keinen beschlossen, nachdem dem Kollegen Sabot 20 Mtl. Unterstützung gezahlt worden sind, auch Sabot 20 Mtl. zu gewähren, jedoch soll der letztere Beitrag durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden.

Schluß der Versammlung 11^½ Uhr.

Charlottenburg. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung der heiligen Sitzung tagte am Dienstag, den 18. d. M., in der Wandsbekerbrauerei, Wallstraße 14. Wenigstens Freudenreiche reizte in wahrsch. überzeugender, aus von preußischem Bestall begleiteter Vortragssache über das Thema „Die Sozialdemokratie und die Gemeindearbeit.“

Beim nächsten Punkt beschließt die Versammlung, fortan keine Krankenunterstützung zu gewähren. Die Mitgliederversammlungen sollen in Zukunft jeden dritten Sonntag, Vormittags 9½ Uhr, im bisherigen Soffe "Gambitensbrauerei", Wallstraße 94, bei Beyer stattfinden. Die "Gewerkschaft" wird durch die Vertrauensmänner vertreten. Das Reglement für Lohnbewegungen usw. wird mit 96 Stimmen angenommen.

Unter Beschiedenes werden wie gewöhnlich Klagen über die Vorgetragenen und über Missstände auf den Gaswerken vorgebracht. Besonders wurde das schrofe Auftreten des Gasmeisters Müllingen den Feuerleuten gegenüber gesadelt. Nach seiner Meinung sollen dieselben nicht richtig gehoren haben. Soffo war dieser Herr mit der Drohung bei der Hand, w in Soffo das nicht richtig machen, leise ich Soffo zur Postarbeit abschicken. Das hörte sich ja an, als befremdet die Feuerleute bei ihrer Arbeit etwas geschehen oder derselben werden von Seiten der Verwaltung großartig entlockt? In Charlottenburg ließen die Feuerleute der Gaswerke bezüglich des Sohnes gegenüber der Berliner Betriebsarbeiter in Späthstein dem Betriebsverwaltung des Gasmeisters II eingehend erörtert. Darnach soll sich seiner Zeit Herr Ingenieur in Klost noch nicht einmal das Tagelohn erreicht und deswegen b i der Diskussion vorstellig wurden, genauer haben: Diese Arbeit können Kinder machen, das werde ich Euch zeigen! Tatsächlich hat nun die sozialpolitische Verwaltung seit langer Zeit vier jugendliche Arbeiter von ca. 16 Jahren mit dieser Arbeit betraut. Arbeitet der Charlottenburger Gaswerk! Gewaltung nur einer wirtschaftlichen Wohl bei dieser Reuerung im Auge, denn durch die nunmehrige bedeutende Absicherung bei der Breey (Prüf)Wach rei verabschafft die Verwaltung gewohnt den Preis, welcher doch nur ihren Arbeitern verabfolgt werden soll, jetzt für 40 Pfennig gegen bisher für 60 Pf. den Hölzler an ihre Arbeitern abzugeben; gewohnt für andere Gasverwaltungen ein nachahmenswertes Beispiel, oder soll der auf oben angeführte Weise erzielte enorme Profit auch etwa dazu beitragen, den jährlichen Überbetrieb der Charlottenburger Gaswerke (ca. 650.000 Ml.) zu vergrößern? Wir werden ja abwarten.

Als neueste Spezialität wurde die gegenwärtige Reuerung hinsichts der Ausbildung der Medizintechnik bestimmt. Früher waren Gasmeister befugt, im Falle der Erkrankung eines Arbeiters sofort einen Krankenarzt Medizintechnik anzubringen, jetzt dagegen muss der kranken Arbeitende warten, bis Herr Dasse, denn um er selbst steht jetzt die Schiene aus, es ist nötig beendet zu erledigen und einen Schen auszuweisen. Wenn sich dann eventuell ein Arbeiter der Nachtschicht krank zu werden und glaubt, sofort einen Krankenchein zu bekommen, so hat er die Rechnung ohne den Wirth gemacht, so schnell ist der Herr Ingenieur nicht zu sprechen. Es sind ja auch nur gewohnt Arbeiter, die kommen ja in starken Zustände einige Stunden warten. Diese Reuerung legt sich für den betreffenden Herren den Zweck zu haben, um Vente, die womoglich das Malen haben, mehr wie einmal krank zu werden oder eine längere Zeit krank zu sein, baldeswichtig zu entlasten. Da sagt dieser Mann noch: Na sagen Sie mal, da ich Ihnen wirklich so lästig, wie ich von den Leuten gestördert werde? Antworte wer da will.

Die neue Methode Hesse findet Nachahmer zu finden. Soviel war es bei der städtischen Gaswerksverwaltung üblich, und das zu recht, dass bei jeder Gelegenheit das Interesse der einzelnen Arbeiter neben ihrer Tüchtigkeit in Betracht gesogen wurde. Jetzt scheint gerade dort das Gegenteil zur Anwendung zu kommen. Zur Erhaltung derselben folgendes Protokoll: Auf Gaswerk I (Charlottenburger Werk) sind 2 Arbeiter u. 2. Untere 11 Jahre der zweite 7 Jahre bestäftigt und bisher als zuverlässig und leistungsfähig angesehen worden. Diese beiden haben alle Spezialarbeiten, die in Blasenwerken vorkommen, sowogen von der Röde auf leeren müßen und auch ausgeführt. Der am längsten Beständige ist sogar zu sieben Bereaudiensten zweitwoch herangezogen worden. Diese Vente und nun seit Jahren als Betriebsarbeiter (Feuerleute) bestätigt worden, bei welcher Arbeit bekanntlich in Abberadt der schwere und unangenehme Fleimleistung ein hoher Vohn, hier soll letzter seit 50 Pf. pro Stunde gezahlt wird. Nun soll wohl die neue Methode des Herrn Ingenieurs von Gaswerk II auch am Gaswerk I übertragen werden. Eine der beiden Arbeiter mache in guter Absicht den Gasmeister Sonnabend darauf aufmerksam, dass bei der neuen Methode Zeng der Kope in die Seilen die Seilen mali, welche bereits zweimal in den Betriebsbestand an der 11. Anstalt auf kurze Zeit zur Folge hatte, lange genug abstanden. Herr Conrad erwiderte hierauf in schroffer Weise: Es wird gearbeitet, wie ich es bestimme.

Geraume Zeit nach diesem unbedeutenden Intermezzo entlässt der Gasmeister den oben bezeichneten Arbeiter, so von nun an Postarbeit zu verrichten haben und möchte als Erfolg zwei Postarbeiter, welche noch nicht vereinbartes ins Feuerhaus. Also aus Dank für die Ammerhamkeit und die Wahrnehmung vortheilhaftiger Interessen für die Gaswerksverwaltung von Seiten der Arbeiter werden dieselben degradirt und trotz ihrer langdriegen Dienstzeit zurückgestellt und anstatt die freiliegenden Posten durch solche Arbeiter wieder zu ersetzen, welche der Verwaltung schon 7 Jahre und länger Dienste leisten, werden gewissermaßen die jüngsten Arbeiter Günstlinger bevorzugt.

Dabei wird aber den Leuten stets und häufig in die Ohren posaunt: Seld stetig und brav, dann ihr kommt eins die Wohlthat der Pensionierung von Seiten der Gemeinde genießt. Möchte doch den Herren Beamten

einsmal so mitgespielt werden. Wie würden sie Beter-

mosis schreien.

Selbstverständlich konnten sich die beiden Arbeiter nicht mit dieser Maßregelung zufriedengeben und beschwerten sich deshalb bei dem Betriebsleiter Fortsetz. Doch da fanden die Leute gerade an die richtige Worte: Wie der Gasmeister es bestimmt hat, so bleibt es. Das war die Antwort auf die beschiedene Anfrage der Leute. Eine Ausstellung des Sachverhalts oder eine Rechtfertigung der Leute gab es gar nicht. Herr Direktor Meier, dem die bezeichneten Arbeiter nunmehr ihre Schwäche unterbreiteten, ließ sich wohl in freundlicher Weise berbei, diefeben anzuhören, versprach auch dafür zu sorgen, dass den Leuten ihr Recht werde, doch bis dato ist dies nicht geschah. Welleicht tragen diese Zeiten dazu bei, den beiden Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Mit welcher Unerschrockenheit und Impertinenz Herr Gasmeister Conrad auf Gaswerk I die ihm unterstehenden Arbeiter behandelt, beweist Folgendes:

„Ist Rots zu vermeiden, dann heißt es im Kasernenbataillon: Gang Blatt Rots messen.“ Überhaupt muss die Rekruitierung eine Spezialitätsschule bei dem benannten gewesen sein, denn noch heute verfüllt er oft in diese Spezialität. So spricht derselbe die Arbeiter verschiedenartig mit „Du“ an. Egel, Chose, Schafkopf sind die üblichen Situationen, welche sich dieser Herr den Arbeitern gegenüber erlaubt. Wenn da einem die Geduld reist, ist es kein Wunder.

Bei dieser Gelegenheit könnten wir nicht umhin, der Charlottenburger Gasverwaltung sowohl wie deren Arbeitern den Vorwurf zu machen, dass ihr die organisierten Gasarbeiter ein Dorn im Auge sind, sonst würden sie nicht die Ausstellung eines Arbeiters, der schon lange Zeit von ihr beschäftigt wird, als Paternosterwärter davon abgängt gemacht haben, ob derseine unter dem Verband angeordnet oder nicht. Tropfend in der Paternosterwärter vor seiner Zeit eingestellt worden sind, und der Mann sich schon im Frühstück um einen derartigen Posten beworben hat, ist dieser zurückgestellt und darum wütendste Leute engagiert worden. Gedenkt hat sich Herr Hesse gegenüber einem früheren Gasarbeiter, welcher bei ihm wegen Beschäftigung antrat, gekrönt: „Sind Sie im Verband?“ worauf der Mann mit „Nein“ geantwortet, „dann können Sie anfangen.“ Wir haben diese Beeinflussung von Seiten der Beamten und gezielt. Jeder Arbeiter hat das heilige Recht, seine Interessen nach jeder Richtung zu voll und ganz wahrzunehmen. Der Engeling in Breslau kommt kommt man zum Ziel. Zu welchem Zweck gedenken die Herren den Beamtenvereinungen an, doch nur zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Also Suum sicut.

Helsing. Die in der Stadtgarde beschäftigten Gärtnerei und Gartenarbeiter nahmen am 17. November Stellung zu dem Verboten des Rauchs und der Stadtverordneten gegenüber der Eingabe der genannten Arbeiter. Der Referent, Herr Koch, erklärte, dass die Gärtnerei aus dieser Eingabe vom April bis November ohne Antwort geblieben sind, eine solche Bandanlage müsse die letzte Einrichtung hervorruhen. Es sei jedoch die geistige Gedanke zu mögeln, denn mit bestauhten Kosten kann man schwerlich etwas brachten; und das wird man auch der Frau nicht weiß machen können, dass man in solchem Zustande im Stande ist, den Aufgaben der Organisation gerecht zu werden, so kann man es bestreiten, wie sie alles aufbietet, von der Versammlung den Mann fern zu halten. Beide Worte stellten sich die Kollegen daran, die den beiden Willen hatten, sich uns anzuschließen. Auf diesem Gebiete ist dringend Handlung notwendig, denn ein großes Fried Arbeit liegt d. n. Gewerkschaften noch ob. Immer wieder können wir beobachten, wie eine Interessengruppe es versucht, bei jeder Gelegenheit Stimmung für sie und die Vereidigten zu machen, da sollte sich ebenfalls der Arbeiter regen, um dagegen Stellung zu nehmen und Protest zu erheben. Was würde uns die kleine Volksbildung nützen, die wir dank der Organisation errungen, sie würde uns mit einem Schlag wieder zu Wasser gebracht und das Gefühl würde in die Tafel einzelner Großgrundbesitzer fliegen. Somit hätten wir schwer Kämpfe mit den Arbeitgebern wieder zu haben, wann wir das Vorentrete weichen wollten. Nur dem Gartenschafsfange steht es genau so: ein großer Tell der Kollegen wird schon gemacht haben, was für ein Wohl in Berlin steht, das die vorzüglich Rechte, die der Arbeiter heute noch in den Gartenschafen besitzt, vollständig weggeworfen sollen. Wir können unglaubliche Hölle aufstellen, wo die Arbeitgebervereine der Gartenschafte es nicht zur Pflicht gemacht, die Mitglieder und die Räte regelmäßig zu vertreten, zur Bedienung auf's Straßenseite geworfen wurden. Wie steht es aber auf dem Gebiete des Wohnungswesens aus; da sieht die Partei ein großer Teil der Arbeiter dem Quartalswechsel mit bangen Sorge entgegen, indem sie stets der Gedanke entgegenkommt, vom Hausrat gefündigt zu werden und das ev. in Folge des reichlichen Kindesergangs keine Wohnung bekommt und ins Obdachlosenhaus wandt. Das sind gewiss keine erfreulichen Zustände, da haben wir keine klare Unterscheidung zu sein. Das Vorhaben der Berliner Zillen muss einem jeden als Wegweiser dienen; mit den Löden stehen wir ebenfalls noch auf einer sehr niedrigen Stufe. Es sind schon verschiedene Gewerkschaften, die kürzere Arbeitszeit errungen haben. Ich meine, dass wir unter viel dahin sagen, dass wo 10 Stunden Arbeitzeit in der Arbeitsordnung verordnet ist, dahlia zu wissen ist, dass der Vohn so bemessen wird, dass auch in Wirklichkeit nur 10 Stunden gearbeitet wird. Es wird damit geprahlt, hier haben wir nein oder zumindestige Arbeitzeit, in Wirklichkeit muss der Arbeiter aber 12 und 13 Stunden arbeiten, um für seine Familie die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen, die zur Erhaltung des Körpers erforderlich sind. Darum an Kollegen, schaut Eure Interessentenliste ab und erscheint in den Versammlungen. Mit dem Beginn eines neuen Jahres wollen auch wir mit neuen Kräften und frischem Mut an die Arbeit gehen, damit die gerechte Sache gehörig betrieben wird. Dazu ist es notwendig, dass ein jeder mitarbeitet und nicht nur guckt und sagt: Die lasst man, wenn die gewinnen, dann gewinne ich auch.

Leider wegen der Unkenntnis der Anwesenden nicht zum Abschluss gebracht werden konnte und wurde behauptet, der Zentral-Vorstand hänge von den Zillen und diese nicht von ihm ab. Auch Punkt 6 konnte nicht erledigt werden, weil der Delegierte vom Gewerkschaftsrat nicht erschienen war. Unter Verschiedenes stellte Kollege Ritter den Antrag, dass im Todesfalle eines Kollegen an unmittelbare Familien die Aufgabe gestellt würde, ob sie lieber Geld oder den Ranz mögten. Der Antrag wurde abgelehnt. Kollege Huhn stellt den Antrag, eine Arbeits-Ordnung für die Werkstatt zu beschaffen. In der That niemand bestimmt sagen ob eine Arbeits-Ordnung vorhanden ist oder nicht, geschieht will in dem Neubau noch keiner dieselbe haben. Sollte dies der Fall sein, dann wünschlich keine Arbeits-Ordnung vorhanden, und jeder Ausleger könnte nach seinem Belieben Arbeiter entlassen, dann spricht das eine Sprache, die nicht zu Ehre der Kollegen gereicht würde. Es müsste den Kollegen der Werkstatt doch endlich klar werden, wie noch es thut, eine gute Organisation zu schaffen, denn gerade in dieser Beziehung bleibt noch viel zu wünschen übrig. Diese Sache wird einer Kommission von nachstehenden fünf Mitgliedern, Kollegen Huhn, Rodorf, Brümmann, Riff, Ritter, überwiesen. Schluss 11½ Uhr.

Gingesandt.

Ich fühle mich veranlasst, ein paar Zeilen zum Besten zu geben, denn es verurteilt manchmal ein mittlediges Röntgenbild, wenn man sieht, wie Kollegen aus ganz kleinen Gründen dem Verbund den Rücken schlagen. Ein kleines Zerwürfnis, welches nicht der Rude wünscht, ist genügt, um ihren Austritt aus dem Verbund zu bewirken. Der Schaden liegt natürlich auf Seiten derjenigen, welche der Organisation fern stehen. Diese Leute mehren dem Verbund nicht aus Überzeugung, sondern mehr dem oder jenem Kollegen zu Liebe bei. Kommt da das Geringste vor, was selbstverständlich unter organisierten Kollegen nicht vorkommen dürfte, schwapp schneiden sie die Blume und Korn. Wenn man ein bischen Verstand wünscht anzunehmen, so würde das nicht so oft vorkommen. Wenn ich Katholisch bin und würde mich mit meinen Glaubensgenossen bestreit überwerfen, dass wir die ärgerliche Feinde wären und ich würde deshalb aus der Kirche aussteigen, dann würden sie mich mit Recht als Tote bezeichnen, indem mir vorgehalten würde, dass die Kirche mit der persönlichen Feindschaft nicht zu thun habe und in Wirklichkeit ist sonst der Fall einzuhalten, dass ich alle Monate meine Religion wechseln müsste. Ebenso würde es sich mit dem Parlament beschäftigt, da es ein T. d. L. die es nicht der Wüde wünscht halten, eine Versammlung zu besuchen, bei verschiedensten Kollegen wieder ist die Mahnung dringend angebracht, das etwas bejünglich der geistigen Gedanke zu mögeln, denn mit bestauhten Kosten kann man schwerlich etwas brachten; und das wird man auch der Frau nicht weiß machen können, dass man in solchem Zustande im Stande ist, den Aufgaben der Organisation gerecht zu werden, so kann man es bestreiten, wie sie alles aufbietet, von der Versammlung den Mann fern zu halten. Beide Worte stellten sich die Kollegen daran, die den beiden Willen hatten, sich uns anzuschließen. Auf diesem Gebiete ist dringend Handlung notwendig, denn ein großes Fried Arbeit liegt d. n. Gewerkschaften noch ob. Immer wieder können wir beobachten, wie eine Interessengruppe es versucht, bei jeder Gelegenheit Stimmung für sie und die Vereidigten zu machen, da sollte sich ebenfalls der Arbeiter regen, um dagegen Stellung zu nehmen und Protest zu erheben. Was würde uns die kleine Volksbildung nützen, die wir dank der Organisation errungen, sie würde uns mit einem Schlag wieder zu Wasser gebracht und das Gefühl würde in die Tafel einzelner Großgrundbesitzer fliegen. Somit hätten wir schwer Kämpfe mit den Arbeitgebern wieder zu haben, wann wir das Vorentrete weichen wollten. Nur dem Gartenschafsfange steht es genau so: ein großer Tell der Kollegen wird schon gemacht haben, was für ein Wohl in Berlin steht, das die vorzüglich Rechte, die der Arbeiter heute noch in den Gartenschafen besitzt, vollständig weggeworfen sollen. Wir können unglaubliche Hölle aufstellen, wo die Arbeitgebervereine der Gartenschafte es nicht zur Pflicht gemacht, die Mitglieder und die Räte regelmäßig zu vertreten, zur Bedienung auf's Straßenseite geworfen wurden. Wie steht es aber auf dem Gebiete des Wohnungswesens aus; da sieht die Partei ein großer Teil der Arbeiter dem Quartalswechsel mit bangen Sorge entgegen, indem sie stets der Gedanke entgegenkommt, vom Hausrat gefündigt zu werden und das ev. in Folge des reichlichen Kindesergangs keine Wohnung bekommt und ins Obdachlosenhaus wandt. Das sind gewiss keine erfreulichen Zustände, da haben wir keine klare Unterscheidung zu sein. Das Vorhaben der Berliner Zillen muss einem jeden als Wegweiser dienen; mit den Löden stehen wir ebenfalls noch auf einer sehr niedrigen Stufe. Es sind schon verschiedene Gewerkschaften, die kürzere Arbeitszeit errungen haben. Ich meine, dass wir unter viel dahin sagen, dass wo 10 Stunden Arbeitzeit in der Arbeitsordnung verordnet ist, dahlia zu wissen ist, dass der Vohn so bemessen wird, dass auch in Wirklichkeit nur 10 Stunden gearbeitet wird. Es wird damit geprahlt, hier haben wir nein oder zumindestige Arbeitzeit, in Wirklichkeit muss der Arbeiter aber 12 und 13 Stunden arbeiten, um für seine Familie die notwendigsten Lebensmittel zu beschaffen, die zur Erhaltung des Körpers erforderlich sind. Darum an Kollegen, schaut Eure Interessentenliste ab und erscheint in den Versammlungen. Mit dem Beginn eines neuen Jahres wollen auch wir mit neuen Kräften und frischem Mut an die Arbeit gehen, damit die gerechte Sache gehörig betrieben wird. Dazu ist es notwendig, dass ein jeder mitarbeitet und nicht nur guckt und sagt: Die lasst man, wenn die gewinnen, dann gewinne ich auch.

Ein Magdeburger Mitglied.

Aus unserem Beruf.

Sehr harte Strafen und Abhängungen selbst bei geringen Vergehen scheint der Direktor des Berliner Gaswerks II (Gashüttenstraße) einzuführen zu wollen. Das beweist folgendes Vorfall:

Am Sonntag, den 16. d. Mts., Abends verließen 4 Arbeiter, welche Sonntag Mittag die 18 stündige Schicht angegetreten hatten, auf kurze Zeit die Anstalt, um nach etwas Plaudern für die Nacht zu laufen. Der Wächter hat auch die Betretenden passieren lassen, weil das von jeder so üblich. Ob nun der Direktor der Anstalt auf diese Gelegenheit gewartet, oder ob ihm der Zufall in dem Moment begegneten ließ, als drei der Arbeiter das Gaswerk wieder betreten wollten, sei dahin gestellt, kurz und gut, der Direktor glaubte hier ein Gewryel notwendig zu müssen und entließ diejenigen auf der Stelle, mit der Weisung an den Wächter, daß jeder Arbeiter, welcher das Werk ohne Erlaubnis verlässe, ihm gemeldet werde. Leider war noch ein Arbeiter außerhalb des Werks, der Wächter musste dem Werk geboren und denjenigen dem Direktor melden. Das Ende war gleichfalls sofortige Entlassung und „am Montag früh das Handwerk abgeben.“ Da ein direktes Verbot gegen das unbefugte Verlassen des Gaswerks während der Pausen resp. Arbeitszeit bisher nicht bekannt gegeben war und die betreffenden Arbeiter nur notwendigkeiten in Folge Hungers während der langen Arbeitszeit (18 Stunden) das Werk auf kurze Zeit verlassen hatten, muß man es einfach für ungerecht und unverständlich halten, daß die Leute wegen dieses entschuldhbaren Vergehens entlassen werden. Eine Bewahrung wäre unjures Erachtens nach hinreichend gewesen und würde auch für die übrigen Arbeiter zur Warnung gedient haben. Nachdem nun die Betriebsarbeiter (Feuerleute, Kokenfärer) von dem Vorfall Kenntnis erlangt und das harre, allen menschlichen und humanen Regelungen höhnischende Urteil des Herrn Försterin bestätigt haben, fühlen auch diese sich durch das Urteil getroffen und forderten sie demzufolge den Betriebsleiter auf, die Entlassung der betreffenden Leute zurückzunehmen und forderten weiter zu beschäftigen. Als Antwort darauf fügte dieser gebildete Mann vor der gesamten Arbeiterschaft aus mit der Bemerkung: „Psst, schämt Ihr Euch nicht, Ihr werdet wohl die Herren sein und ich der Knabe, so lange ich hier bin, habe ich zu befieheln.“ Wie selbstbewußt und anmaßend, Herr Direktor, glauben Sie wirklich so allmächtig zu sein, das Solidaritätsgefühl der Arbeiter unterdrücken zu können. Der Arbeiter, der es nicht nötig, im Beisein seiner gerechten Sache die Augen niederschlagen.

Doch zur Sache. Bei diesem geschilderten Auftritt verlangte Herr Förster mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln, dann wiederum lehnte er jede Verhandlung (auch das Auskunftsrecht) ab. Nachdem sich wohl der Herr davon überzeugt, daß es den Leuten heiliger Ernst mit ihrer Forderung betrifft, der Zurücknahme der Entlassungen sei, wurden drei der betreffenden Leute auf Anordnung des Betriebsleiters stillschweigend auf dem Hof bestellt. Ein Arbeiter hat freiwillig aufgehört zu arbeiten.

Zu bedauern ist nur, daß bei den meisten Vorkommenen auf den Berliner Gaswerken die 1896 eingeführten Arbeiterausschüsse ganzlich von den Vorgesetzten ignoriert werden, indem die einzelnen Paragraphen hierüber nur ein einziges Funktionen und zwar immer zu Gunsten der Behörde zulassen. Das zum Beispiel in dringenden Fällen eine Anzahl der Arbeiterausschüsseglieder einen sofortigen Verhandlungstermin, wie dies in anderen Verwaltungen Berlins der Fall, beantragten darf, dem auch von Seiten der Betriebsleiter Folge geleitet werden muß, davon ist in den Statuten resp. Arbeitsordnungen nichts zu finden.

Aufgabe der vereinigten Filial-Vorstände der Berliner Gasarbeiter muß es sein, darin zu wirken, daß maßregelnde, alle Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmende Arbeiterausschüsse ins Leben gerufen werden, dann wird es auch der entsprechend guten Willen möglich sein, solche unliebsamen Vorkommenen unmöglich zu machen.

Der Berliner Magistrat hat abermals eine glänzende Probe seines sozialreformerischen Talents abgelegt. Dem Bechir der Stadtverordneten-Versammlung vom 6. Dezember, dem Tagelohn der Hilfsarbeiter bei der Straßenreinigung auf 2,80 M. zu erhöhen, in der Magistrat nicht beigegetreten. Die Zustimmung wurde darum nicht ausgeprochen, weil die ständigen Arbeiter einen Tagelohn von 2,75 M. bezogenen und es nicht angängig erschien, die angenehmsten Hilfsarbeiter höher oder ebenso doch wie ständige Arbeiter zu lohnen. Außerdem ist eine Erhöhung der Löhne dieser Arbeiter im nächsten Jahr in Aussicht genommen und es wird vorgeschlagen, den Hilfsarbeitern 2,60 M. Tagelohn zu zahlen. Überwältigend, daß die Sorge um die Gerechtigkeit den Magistrat namentlich da stellt, wo es sich um Vohnerhöhungen handelt.

Theuerungszulage für die Frankfurter städtischen Arbeiter. Eine Versammlung jüdischer Arbeiter im „Neustadt“ beschloß, durch den Arbeiterausschuss an Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung eine wiederholte Petition zu richten, in der um Verhöhlung einer Theuerungszulage von 30 Pf. pro Tag gebeten wird.

Aus Blankenfelde (nördl. Rieselfeld der Stadt Berlin) geht und folgendes Schreiben zu: Auf dem hierfür bestellten werden zwei ältere Arbeiter bestätigt, welche trotz der jahrelangen Dienstzeit nicht dementsprechend entlohnt werden, wie dies den anderen hier beschäftigten im gleichen Alter lebenden Arbeitern gegenüber der Fall ist. Die beiden in Frage kommenden Arbeiter erhalten pro Tag 20 Pf. weniger, als ihre Altersgenossen. Das ist bei der gegenwärtigen Theuerung ein sehr fühlbarer Verlust.

Dass die beiden alten im Dienste der Stadt ergrauten Arbeiter zur Altersarbeit nicht mehr tauglich sind, ist in Anbetracht ihres Alters selbstverständlich, und sind hier zu dieser Spezial-Dienstleistung genug junge, im Volkseigentum ihrer Kraft befähigte Leute vorhanden.

Nicht genug, daß den beiden alten Leuten ein bedeutend geringerer Lohn ausbezahlt wird, sondern dieselben werden auch in jeder anderen Beziehung zurückgesetzt. So wird denselben zum Beispiel nur das halbe Quantum Kartoffeln verabfolgt als wie diese Kategorie von Arbeitern zu empfangen haben. Dann kommt noch hinzug, daß die beiden Arbeiter nicht etwa eine eigene Wohnung haben, vielmehr müssen dieselben in den beschädigten Räumen ihrer Schiebepiegel einwohnen. Zu welchen Unzuträglichkeiten dies oft führt, ist leicht begreiflich, abgesehen vom gesundheitlichen Standpunkt.

Man sollte meinen, wenn der Magistrat von Berlin durchaus für die beiden Arbeiter die Wohnungsmiete resp. Räume sparen will, was nebenbei gelöst unzulänglich ist, so ist doch derzeit mindestens aber verpflichtet, den beiden alten Leuten das zu gewähren, was ihnen von Rechts wegen kommt und was auch die anderen Arbeitsgenossen empfangen und erhalten.

Eine diesbezügliche Anfrage bei dem Administrator Herrn Handmann wurde darin beantwortet, daß er gleichfalls Mensch nicht für richtig und reich befände, er jedoch aber nicht ein, vorbehalt er — der Administrator sich dagegen aufstellen sollte und Abhilfe schaffen; wer darüber, mit dem Lohn und dem Deputat nicht auskommen ziehen.

(Anmerk. d. Red. W. sind der Meinung, daß gerade die Administration in alterter Amtszeit dazu bereitzen, ja sogar verpflichtet ist, die oben geschilderten Unzuträglichkeiten und Missstände abzuwenden, wenn sie sich in den Verdacht bringen will, als wären die geringere Entlohnung der beiden Arbeiter und das unqualifizierte Wohnungsbüro (Asterzieher) nicht von Seiten des Berliner Magistrats angeordnet, sondern ihr eigenes Nachwort.

Wir glauben nicht, daß der Magistrat diese ostelsischen Zustände funktionieren und wenn dies der Fall hier sein sollte, wäre baldige Abhilfe sehr notwendig.)

Grieshaben.

Wegen der Feierstage mußte die Zeitung diesmal früher hergestellt werden. Daher konnten mehrere Versammlungsberichte nicht mehr aufgezählt werden.

Die Redaktion.

Versammlungs-Anzeiger.

Blätter, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können diese unter dieser Rubrik bekannt geben. — Redenungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Berlin I. (Markt Müllerstraße), Montag, den 7. Januar 1901, bei Horst, Sonnabend 8 Uhr. Abends 9 Uhr.

Berlin II. (Montag, den 14. Januar 1901, Kottbusser Damm 21-23)

Berlin III. (Kaufläden-Arbeiter), 12. Januar, Abend 23.30, Abends 24.30.

Berlin IV. (Wasserwerks-Arbeiter), am 18. jeden Monats bei Buder, Sonnabend 8 Uhr.

Berlin V. (Metallarbeiter), Mittwoch nach dem 1. jeden Monat im 28. Stock, Blasiusstraße 31, Abends um halb 9 Uhr.

Berlin VI. (Metallarbeiter), Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats im Kongreßsaal, Dragonerstr. 10, Abend 8 Uhr.

Berlin VII. (Viele und Schuharbeiter), Jeden Dienstag nach dem 16. des Monats, Borsigstraße 10, Abend 8 Uhr.

Berlin VIII. (Arbeiter der Fabrikations-Rohrenplatten), Mittwoch 16. Januar, 1901, bei Buder, 46 der Oststraße.

Berlin IX. (Arbeiter der Meissner-Inspektionen etc.) Jeden Donnerstag nach dem 15. bei Buder, Grottkaustr. 33.

Berlin X. (Arbeiter des Arbeiterschirms der Bahnverkehrs), alle Sonnabend nach dem 16. jeden Monats.

Berlin XI. (Grauenschäfer), alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monat, Abends 8 Uhr, Königsgraben 11a, „Central-Globus-Werk.“

Berlin XII. (Arbeiter der nördl. Fleißfelder), Jeden Sonntag nach dem 18. in Wilhelmsruh, Brandenburgerstr. 10, Abend 8 Uhr.

Bremen, am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Hansestadt, Charlottenburg, Sonnabend, den 5. Januar, Samtrinus-Straße, Bahnhofstr. 34, Sonnabend 10 Uhr.

Stadt a. R., Jeden Sonntag nach dem 7. und 22. Nachmittags 10 Uhr, (R. W. Würfelstr. 16).

Wagbergung I. (Engagenträger, Kanalisation etc.) Jeden Sonntag nach dem 1. Abends 8 Uhr, in der Burgstraße, kleine Kreuzstraße.

Wagbergung II. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung III. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung IV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung V. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung VI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung VII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung VIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung IX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung X. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XXXIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XL. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLV. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLVIII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLX. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLXI. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLII. (Juden 1. Sonntag im Monat, Abend 8 Uhr).

Wagbergung XLIII.</